

Geschäftsbericht 2016



Jahresabschluss 2016 und Lagebericht

Auf einen Blick	2
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	3
Organe	5
Lagebericht	
Bericht des Vorstandes	9
Jahresabschluss	
Bilanz zum 31. Dezember 2016	34
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	36
Anhang	
Erläuterungen	38
Erläuterungen zur Bilanz	41
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	48
Sonstige Angaben	50
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	53
Bericht des Aufsichtsrates	54

Auf einen Blick

		2016	Veränderung	2015	2014
Versicherte	Personen	21.479	165	21.314	21.295
> Anwärter	Personen	16.052	97	15.955	15.995
> Rentner	Personen	5.427	68	5.359	5.300
Bilanzsumme	Mio. EUR	570,8	4,9 %	544,3	519,0
Kapitalanlagen	Mio. EUR	544,7	3,5 %	526,1	487,0
Deckungsrückstellung	Mio. EUR	524,4	5,4 %	497,5	473,6
Beitragseinnahmen	Mio. EUR	14,7	-4,5 %	15,4	14,5
> davon laufende Beiträge	Mio. EUR	8,8	-2,2 %	9,0	9,5
> Einmalbeiträge	Mio. EUR	5,9	-7,8 %	6,4	5,0
Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. EUR	15,9	-17,2 %	19,2	18,5
> davon laufende Erträge	Mio. EUR	15,6	-6,0 %	16,6	18,3
> a. o. Erträge	Mio. EUR	0,3	-88,5 %	2,6	0,2
Nettoverzinsung	%	2,9	-0,4	3,3	3,6
Laufende Durchschnittsverzinsung	%	2,9	-0,3	3,2	3,8
Versicherungsleistungen	Mio. EUR	18,7	14,7 %	16,3	15,4
> davon Rentenleistungen	Mio. EUR	13,5	3,0 %	13,2	12,6

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrente					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²⁾		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl					Witwen	Witwer	Waisen
					EUR	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR	EUR	EUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	7.686	8.269	1.220	3.813	12.302.253	204	81	41	400.854	76.349	16.476
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	241	400	131	146	644.047	15	7	3	18.745	7.079	872
2. sonstiger Zugang ¹⁾	31	32	3	4	74.491	0	0	0	1.038	217	17
3. gesamter Zugang	272	432	134	150	718.538	15	7	3	19.783	7.296	889
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	25	8	27	112	273.665	11	1	0	10.392	390	0
2. Beginn der Altersrente	123	125	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	8	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	0	0	0	0	0	4	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	107	172	0	0	822	0	0	0	0	147	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	2.220	0	0	0	0	0	0
7. sonstiger Abgang	7	11	54	31	90.208	0	0	1	0	0	2.203
8. gesamter Abgang	270	337	81	143	366.915	11	1	5	10.392	537	2.203
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	7.688	8.364	1.273	3.820	12.653.876	208	87	39	410.245	83.108	15.162
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	4.593	4.462									
2. in Rückdeckung gegeben	0	0									

¹⁾ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Organe

Aufsichtsrat

Dr. Rolf Krämer, Hemmingen

Vorsitzender

Juristischer Vizepräsident,
Landeskirchenamt der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche
Hannovers, Hannover

Dr. Volker Knöppel, Naumburg
stellv. Vorsitzender

Vizepräsident,
Evangelische Kirche von
Kurahessen-Waldeck, Kassel

Birgit Adamek, Berlin

Juristin,
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V., Berlin

Karin Kessel, Speyer

Oberkirchenrätin,
Evangelische Kirche der Pfalz,
Speyer

Olaf Johannes Mirgeler, Schwerin

Oberkirchenrat,
Evangelisch-Lutherische Kirche in
Norddeutschland, Schwerin

Anke Poersch, Berlin

Oberkonsistorialrätin,
Evangelische Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische
Oberlausitz, Berlin

Vorstand

Dipl.-Math. Ulrich Remmert, Vorstand Versicherungstechnik, Berlin

Dipl.-Kfm. Ewald Stephan, Vorstand Kapitalanlagen, Berlin



Lagebericht

Bericht des Vorstandes

Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

Die VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG (VERKA PK) betreibt als deregulierte Pensionskasse die Renten- und Sterbegeldversicherung im Wege der Direkt- und Rückdeckungsversicherung und ist vornehmlich im Raum der evangelischen Kirche, der Diakonie und freien Wohlfahrtspflege tätig.

Die Verwaltung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage von Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträgen durch das Mutterunternehmen.

Allgemeine Entwicklung

Das Jahr 2016 wird aus Sicht der Kapitalmärkte nach den turbulenten Jahren seit der Finanzmarktkrise als ein eher unspektakuläres, ja geradezu „anormal normales“ Jahr in die Finanzgeschichte eingehen. Die westliche Welt erlebt seit nunmehr sieben Jahren einen Aufschwung ohne Überschwang. Es zeigen sich keine größeren Übertreibungen, die nächste Rezession ist nicht in Sicht. Die Wirtschaft wächst insgesamt unspektakulär und spannungsarm.

Aus politischer Sicht gesehen war das Jahr 2016 ein sehr ereignisreiches Jahr mit vielen Überraschungen. An dessen Beginn sorgte China zunächst für Unsicherheit, im Sommer stimmten die Briten für ihren Abschied aus der Europäischen Union (EU) und im November wurde Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA gewählt. Sowohl den BREXIT als auch die Wahl eines Populisten zum US-Präsidenten hatten viele Menschen zuvor für unmöglich gehalten und wurden insofern von diesen Ereignissen mehr als überrascht. Spätestens mit der Wahl von Donald Trump droht der Konjunktur jedoch die Rückkehr zum normalen auf und ab. Viele Experten befürchten, dass die Kombination aus dem angekündigten umfangreichen Fiskalprogramm und den geplanten Steuererleichterungen den ohnehin stabilen Aufschwung in den USA in den kommenden zwei bis drei Jahren in einen echten Boom übergehen lassen könnten. Donald Trump lädt damit auf Kosten zukünftiger Steuerzahler sozusagen zur Party ein, wohlwissend, dass die USA diesen künstlichen Fiskalstimulus gar nicht brauchen. Insofern birgt der künstlich angeheizte Aufschwung bereits heute den Keim einer späteren Bereinigungskrise in sich, der sich auch Europa langfristig nicht entziehen werden kann.

Die deutsche Wirtschaft befand sich zum Ende des Jahres 2016 in guter Verfassung und konnte an den positiven Wachstumstrend der vergangenen drei Jahre anknüpfen. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg in 2016 um 1,9 % und ist damit stärker gestiegen als das Produktionspotential, das sich um 1,3 % erhöht hat. Das Wirtschaftswachstum wird von einer starken Binnennachfrage getragen. Die gute Konsumentenstimmung spiegelt dabei die positive Lage auf dem Arbeitsmarkt wider. Im Herbst 2016 gab es mit 43,7 Mio. Personen so viele Erwerbstätige wie niemals in Deutschland zuvor. Der Anteil Erwerbsloser an allen zivilen Erwerbspersonen notierte gleichzeitig bei 4,1 %, womit Deutschland die zweitniedrigste Erwerbslosenquote aller Länder in der EU vorweist. Als Wermutstropfen ist allerdings in diesem Kontext nicht zu übersehen, dass die Anzahl der sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnisse weiter ansteigt und vor diesem Hintergrund im

Bundestagsvorwahlkampf bereits Korrekturen an der Agenda 2010 der Schröder-Regierung gefordert werden.

Die Verbraucherpreise gingen im Jahresverlauf zum zweiten Mal seit Anfang 2015 zurück. Der Verbraucherpreisindex (VPI) lag 0,1 % unter dem Vorjahresniveau. Hierbei wirkte sich insbesondere die Energiepreisentwicklung seit Mitte 2014 dämpfend auf die Gesamtteuerung aus. Im April 2016 hatten sich die Energiepreise binnen Jahresfrist um 8,5 % deutlich verringert, die Preise von Mineralölprodukten sogar um 16,3 %. Allerdings drehte sich dieses Bild dann im weiteren Verlauf des Jahres, wodurch die Teuerungsrate im November mit 0,8 % im VPI den höchsten Stand seit Jahren erreichte. Im Dezember ist die Verbraucherpreisinflation dann sprunghaft auf 1,7 % in Deutschland angestiegen.

Damit liegt die Inflationsrate wieder nahe an der von der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgegebenen Zielmenge von „unter, aber nahe 2 %“, bei der von Preisstabilität ausgegangen wird. Dennoch bleibt die EZB aber bei ihrer Politik des billigen Geldes und flutet die Märkte weiterhin mit Liquidität. Damit will sie – trotz aller Kritik vor allem auch aus Deutschland – die unsichere wirtschaftliche Lage vor allem in den Peripherieländern und die aus ihrer Sicht nach wie vor vorherrschende Stagnation in der Preisentwicklung in Europa nachhaltig bekämpfen. Die Folgen dieser Politik sind die auch in 2016 weiter gesunkenen Kapitalmarktzinsen, die inzwischen vielfach bereits in einen früher niemals vorstellbaren negativen Bereich abgerutscht sind und nicht nur bei Staatsanleihen guter Bonität nun zum Alltag der Kapitalanleger und Sparer gehören.

Die Kehrseiten dieser stoischen Politik der EZB sind nicht nur eine weiter steigende Staatsverschuldung insbesondere in den bereits hoch verschuldeten Ländern der Peripherie in Europa, sondern aufgrund der aktuell bereits negativen Realverzinsung auch die Vernichtung von Sparkapital, das vielfach langfristig der Altersvorsorge dienen sollte. Dies wird von Kritikern, Sparern und der gesamten Branche der Lebensversicherer und Pensionskassen einmütig und vollkommen berechtigt auch als schleichende Enteignung von mühsam angespartem Vermögen für das Alter gewertet.

Trotz oder vielleicht auch gerade wegen dieser Entwicklung ist es nicht verwunderlich, dass der Vorsorgegedanke in der deutschen Bevölkerung nahezu ungebrochen erscheint. Die Sparquote ist weiter leicht auf nunmehr 9,8 % gestiegen. Das oftmals bereits für „tot“ erklärte Modell der klassischen Lebensversicherung erweist sich dabei widerstandsfähiger als gedacht. So verringerte sich zwar sowohl die Stückzahl der Lebensversicherungsverträge bei den Mitgliedsunternehmen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) in 2016 leicht um 1,9 % auf insgesamt 85,01 Mio. Verträge als auch die gesamten Beitragseinnahmen um 1,8 % auf 88,64 Mrd. EUR, die Versicherungssumme stieg jedoch weiter um 2,5 % auf 3.011,34 Mrd. EUR an (Quelle: GDV). Viele Sparer sind zu der Überzeugung gelangt, dass in Zeiten der Vermögensvernichtung im Zweifel umso mehr gespart werden müsse, um das gesteckte Versorgungsziel zu erreichen.

Im Pensionskassenbereich berichteten die Mitgliedsunternehmen für das Geschäftsjahr 2016 einen leicht rückläufigen laufenden Beitrag im Bereich der Hauptversicherungen von 2,52 Mrd. EUR (-2,5%). Auch der Bestand entwickelte sich hier mit einem Rückgang um 0,4 % auf insgesamt 3,74 Mio. Stück und einer versicherten Summe in Höhe von 67,62 Mrd. EUR (-0,6%) leicht negativ (Quelle: GDV).

Geschäftsverlauf und Lage

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2016 war für die VERKA PK das zweite volle Geschäftsjahr nach der Bestandsübertragung einiger Bestände von der Muttergesellschaft im Jahr 2014.

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr verlief vor dem Hintergrund weitgehend stagnierender Versichertenbestände und leicht sinkender Beitragseinnahmen insgesamt befriedigend. Das anhaltend niedrige Zinsniveau mit zuvor für fast unmöglich gehaltenen weiter rückläufigen Zinsen führte fast zwangsläufig – unter weitgehendem Verzicht auf Maßnahmen zur Ergebniskorrektur durch die Realisierung stiller Reserven – zu einem rückläufigen Ergebnis aus Kapitalanlagen. Auf der versicherungstechnischen Seite kam es – bedingt durch das Niedrigzinsumfeld – zu einer weiteren Erhöhung der Zinszusatzreserve, da der Referenzzinssatz für die Bildung dieser Reserve zum Bilanzstichtag weiter auf inzwischen 2,54 % gesunken ist. Dies machte die Bildung zusätzlicher Reserven auch für weitere Tarifgenerationen erforderlich. Insgesamt lag der Zuführungsbedarf bei 17,4 Mio. EUR. Die Reserve erhöhte sich auf 43,5 Mio. EUR. In der Konsequenz führt dies zu einem erneuten Jahresfehlbetrag in Höhe von 18,1 Mio. EUR (Vj. 11,1 Mio. EUR), der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages vollständig von der Muttergesellschaft, dem VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG (VERKA VK), übernommen wurde.

Zur weiteren Verbesserung des Kundenservices wurden im Berichtsjahr maßgebliche Fortschritte erzielt bei der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems. Hier ist es das Ziel, bis Ende 2018 eine weitgehend papierlose Bearbeitung aller Vorgänge im VERKA-Verbund (Versicherungsverträge, Rechnungen sowie sonstiger Dokumente und Unterlagen) umgesetzt zu haben. Hierzu gehört auch die elektronische Briefschreibung, wo wir in 2016 deutliche Fortschritte verzeichnen konnten. Ebenso konnte die Überführung unseres Bestandsführungssystems auf eine webbasierten Plattform in 2016 umgesetzt werden, was die Grundlage dafür bildet, in 2017 ein Online-Portal aufzusetzen, mit dem unsere Kunden elektronisch und damit papierlos mit den Unternehmen des VERKA-Verbundes kommunizieren können.

Versichertenbestand

Zum 31. Dezember 2016 waren 16.052 Anwarter und 5.427 Rentner und damit insgesamt 21.479 Personen versichert.

Das Verhältnis der Zahl der Rentner zur Gesamtzahl der Versicherten lag bei 25,3 %.

Ertragslage

Beiträge

Im Geschäftsjahr waren gebuchte Bruttobeiträge in Höhe von 14,7 Mio. EUR (Vj. 15,4 Mio. EUR) zu verzeichnen und entspricht damit unseren Erwartungen.

Der Rückgang resultiert vorrangig aus einem außerordentlich hohen Einmalbeitrag in Höhe von 1,8 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2015.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die Gesamterträge aus Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 17,2 % auf 15,9 Mio. EUR (Vj. 19,2 Mio. EUR) gesunken. Die laufenden Erträge haben sich um 6,0 % auf 15,6 Mio. EUR (Vj. 16,6 Mio. EUR) reduziert. Der Rückgang resultiert in erster Linie aus dem Zwecke der Substanzschonung auf insgesamt 4,1 Mio. EUR (Vj. 4,4 Mio. EUR) reduzierten Ertragsausschüttungen aus Wertpapier-Sondervermögen sowie einem Rückgang der Zinserträge aus verzinslichen Anlagen im Direktbestand (Inhaberschuldverschreibungen und sonstige Ausleihungen) auf 10,5 Mio. EUR (Vj. 11,4 Mio. EUR) als Folge des anhaltenden Niedrigzinsniveaus. Die Erträge aus Immobilien-Sondervermögen sind dagegen auf 0,5 Mio. EUR (Vj. 0,4 Mio. EUR) angestiegen. Die in den vergangenen Jahren dotierten Fonds für Wohn-, Einzelhandels-, Hotel- und globale Gewerbeimmobilien entwickeln sich weiter sehr erfreulich. Die Erträge aus alternativen Investments in Form von Beteiligungen und Genussrechten haben sich entsprechend des umsichtigen Bestandsaufbaus auf 0,4 Mio. EUR (Vj. 0,4 Mio. EUR) erhöht. Da sich ein Teil dieser Investments noch in der Investitionsphase befindet und diese planmäßig in den nächsten Jahren weitere Mittel abrufen werden, steigen die Erträge in diesem Bereich in den kommenden Jahren sukzessive weiter an.

Die im Berichtsjahr angefallenen Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 0,3 Mio. EUR (Vj. 2,5 Mio. EUR) resultieren in erster Linie aus dem Verkauf zweiter strukturierter Schuldscheindarlehen zum Zwecke der Risikoreduzierung. Darüber hinaus wurden im Gegensatz zum Vorjahr keine die Zukunft belastenden Reserverealisationen zum Zwecke der Ergebnissteuerung vorgenommen. Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB waren keine (Vj. <0,1 Mio. EUR) vorzunehmen.

Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr in Höhe von 0,2 Mio. EUR angefallen (Vj. 0,0 Mio. EUR). Diese betreffen die im Berichtsjahr nach langwierigen Verhandlungen verkauften Anteile an einem europäischen Gewerbeimmobilienfonds. Abschreibungen sind in Höhe von 0,1 Mio. EUR (Vj. 2,0 Mio. EUR) erfolgt. Diese betreffen eine aus Vorsichtsgründen vorgenommene anteilige Wertberichtigung eines Dach-Hedgefonds.

Trotz des weiterhin schwierigen Marktumfelds mit teils hochvolatilen Verläufen bei weiter extrem niedrigen Marktzinsen, der abermaligen außerordentlichen Belastung aus dem nunmehr beendeten Engagement in europäischen Gewerbeimmobilien und des weitgehenden Verzichts auf Reserverealisationen konnte im Berichtsjahr eine Nettoverzinsung in Höhe von 2,9 % (Vj. 3,3 %) und damit nur leicht unterhalb der Vorjahresprognosen erzielt werden.

Die laufende Durchschnittsverzinsung nach der Formel des GDV betrug ebenfalls 2,9 % (Vj. 3,2 %).

Versicherungsleistungen

Die Versicherungsleistungen ohne Regulierungsaufwendungen erhöhten sich entgegen unseren Erwartungen im Geschäftsjahr um 14,7 % auf insgesamt 18,7 Mio. EUR. Der Zuwachs entfällt überwiegend auf einmalige Kapitalleistungen.

	2016	2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
laufende Renten		
Altersrenten	12,6	12,2
Berufs- /Erwerbsunfähigkeitsrenten	0,4	0,5
Witwen-/Witwer-/Waisenrenten	0,5	0,5
	13,5	13,2
Kapitalleistungen		
Kapitalabfindungen und andere Kapitalleistungen	4,8	2,7
Rückkäufe	0,4	0,4
	5,2	3,1
Versicherungsleistungen	18,7	16,3

Verwaltungskosten

Die gesamten Personal- und Sachaufwendungen betragen 2,8 Mio. EUR (Vj. 2,8 Mio. EUR) und entwickelten sich damit im Rahmen unserer Erwartungen.

Die Verwaltungskostenquote (Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zu gebuchten Beiträgen) beträgt 6,0 %. Der Anteil der Provisionen an den Abschlussaufwendungen beträgt 0,2 Mio. EUR.

Jahresergebnis

Auf Grund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages mit dem VERKA VK entstand durch den Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 18,1 Mio. EUR (Vj. 11,1 Mio. EUR) ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Eine Entscheidung des Vorstandes über die Verwendung des Jahresüberschusses war nicht notwendig.

Finanz- und Vermögenslage

Kapitalanlagen

„Man muss das Gute auch am Rande des Abgrunds nicht aufgeben.“ Das wusste schon der berühmte preußische Gelehrte, Schriftsteller und Staatsmann Friedrich Wilhelm von Humboldt (* 22.06.1767 in Potsdam; † 08.04.1835 in Tegel) und das beschreibt vortrefflich das Verhalten der Kapitalmärkte in unmittelbarer Folge von Volksentscheidungen mit vermeintlich weit reichender globaler Bedeutung im Jahr 2016. Im Vorfeld des Referendums im Juni 2016 zum Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU, der US-Präsidentenwahlen im November 2016 sowie dem Referendum zur Verfassungsreform in Italien im Dezember 2016 haben jeweils die Prognosen einen gemeinhin für die Weltwirtschaft als positiv eingeschätzten Ausgang erwarten lassen. In allen drei Fällen trat das Gegenteil ein – das britische Volk entschied sich mehrheitlich für einen Austritt aus der EU (BREXIT), der Kandidat der Republikaner und Milliardär Donald Trump wurde zum US-Präsidenten gewählt und die italienische Verfassungsreform wurde abgelehnt. Statt einer erwarteten Schockwelle an den Märkten zeigten sich diese jedoch jeweils erstaunlich widerstandsfähig. Bewegten sich die Aktienmärkte nach dem BREXIT-Votum noch mehrere Tage im negativen Bereich, dauerte der Schock nach der Trump-Wahl nur noch wenige Stunden. Die Sorgen nach dem unerwarteten Ausgang des italienischen Referendums hielten nur wenige Minuten, ehe die Märkte wieder ins Plus drehten. Im Vergleich zu den Vorjahren verhielt sich der Kapitalmarkt 2016 offenbar deutlich unempfindlicher – vielleicht sogar abgestumpfter – gegen vermeintliche politische Schockereignisse. Dabei scheint sich das politische Umfeld zunehmend zu radikalisieren, extreme Positionen bis hin zu rechtspopulistischen Haltungen, wie sie neben Donald Trump auch die französische Politikerin und Vorsitzende des Front National Marine Le Pen, die österreichische FPÖ mit ihrem bei den Präsidentschaftswahlen nur knapp gescheiterten Kandidaten Norbert Hofer, der Niederländer Geert Wilders oder auch in Deutschland die selbsternannte „Alternative für Deutschland“ einnehmen, erhalten zunehmend Rückendeckung und Unterstützung in breiten Bevölkerungsschichten. Die etablierten Parteien und Politiker scheinen immer machtloser dagegen und nehmen ihrerseits zum Teil inhaltlich fragwürdige Positionen ein, nur um eine weitergehende Abwanderung ihrer Wähler zu vermeiden. Die Bevölkerung scheint zunehmend unzufrieden mit der Wirtschafts- und nicht zuletzt Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der letzten Jahre. Belegen lässt sich diese Unzufriedenheit anhand von harten Fakten mit Blick auf die nach wie vor insgesamt eher positiven Fundamentaldaten freilich kaum. Trauriger Fakt ist scheinbar nur, dass jeder weitere Anschlag wie zuletzt auf einen belebten Weihnachtsmarkt im Zentrum Berlins, derart fragwürdigen Politikern und Parteien nur weiteren Auftrieb verleiht und die Bereitschaft der Bürger, hilfsbedürftige und politisch verfolgte Menschen zu unterstützen, merklich abnimmt.

Vergleicht man die wesentlichen Kapitalmarktindikatoren wie insbesondere Aktienindizes, Zinsen und Wechselkurse Ende 2016 mit den Jahresanfangsständen, könnte man annehmen, dass das ablaufende Jahr im Gegensatz zu den Vorperioden ein wenig spektakuläres, geradezu langweiliges Kapitalmarktjahr war. Nicht einmal die oben genannten politischen Ereignisse von weitreichender globaler Bedeutung und deren unerwarteter Ausgang vermochten hieran nennenswert etwas zu ändern. Doch 2016 war alles andere als ein langweiliges und volatilitätsarmes Kapitalmarktjahr. Interessanterweise ist dies aber genau das, was die meisten Volkswirte und Analysten für dieses Jahr vorausgesagt hatten – eine hochvolatile Seitwärtsbewegung.

Besonders bewegt starteten die Aktienmärkte ins neue Jahr. Hatte man bis kurz vor Ende 2015 noch auf eine Fortsetzung des Bullenmarktes in Folge der Liquiditätsschwemme gesetzt, die die großen Notenbanken – allen voran Fed, EZB und Bank of Japan – in die Märkte gespült hatten, schlug dieser

Optimismus im Dezember vergangenen Jahres infolge der Zinserhöhung durch die Fed – der ersten seit Mitte 2006 – rasch um in Pessimismus, Gewinnmitnahmen setzten ein und die Risikoaversion nahm erneut zu. Zu groß schien plötzlich wieder die Gefahr, die Notenbanken würden ihren expansiven Pfad, der jedoch keinerlei Einfluss mehr auf Konjunktur und Inflation zu haben schien – nie mehr verlassen können, andernfalls würde man die globale Wirtschaftsentwicklung vollends abwürgen. Die bereits weitgehend eingepreisten „mindestens zwei weiteren Leitzinserhöhungen“ durch die Fed mussten vorerst zurückgestellt werden. So verloren der DAX und der EuroStoxx 50 von Ende 2015 bis Mitte Februar des Folgejahres fast 20 % ihres Wertes, beim S&P 500 waren es währungsbereinigt gut 15 %. Ähnlich hoch fielen die Verluste im MSCI Emerging Markets (währungsbereinigt ca. -14 %) aus. Die kurz zuvor einsetzende Erholung in den Emerging Markets von den massiven Kursverlusten der vorangegangenen Monate währte somit nur kurz.

In den folgenden Wochen beruhigten sich die Aktienmärkte wieder und die Kurse zogen wieder an. Hieran konnte auch die Ankündigung des EZB-Präsidenten im März nichts ändern, nach der der sogenannte „Draghi-Put“ und damit das Anleihenkaufprogramm der Zentralbank, sowohl zeitlich als auch inhaltlich ausgeweitet und gleichzeitig der Leitzins (Repo-Satz) erstmals auf null Prozent gesenkt wurde, während der Einlagenzinssatz – der von den meisten Banken nahezu 1:1 an die Kunden weitergegeben wird – auf inzwischen -0,40 % p. a. runtergenommen wurde. Auch wenn zu Beginn des Jahres allgemeinhin davon ausgegangen wurde, dass die Geldpolitik nun allmählich ihre Grenzen erreicht hätte und weitere Maßnahmen – sofern überhaupt noch umsetzbar – keine Wirkung mehr auf Inflation, Konjunktur und Zinsentwicklung hätten, waren die Zentralbanken im abgelaufenen Jahr immer noch für Überraschungen gut. So begann die Europäische Zentralbank, Unternehmensanleihen zu kaufen, die Bank of Japan legte eine Obergrenze für Anleihenrenditen fest und die Bank of England nahm die quantitative Lockerung wieder auf. Für die Anleger hatten diese Zentralbankmaßnahmen zur Folge, dass zum Teil sogar Anlagen mit negativen Renditen positive Erträge abwarfen und die Suche nach Renditen weiter anhielt.

Die Aktienmärkte gingen in diesem unsicheren Umfeld in der Folge in eine hochvolatile Seitwärtsbewegung über. Der DAX etwa bewegte sich von April bis Juni 2016 in einer Bandbreite zwischen 9.500 und 10.500 Punkten, ehe das BREXIT-Votum am 23. Juni 2016 die Märkte kurzzeitig auf Talfahrt schickte. Der Ausgang der Abstimmung war unerwartet, wenngleich mit 51,9 % Pro-Stimmen sehr knapp. Auch wenn die neue britische Premierministerin Theresa May im Oktober 2016 bekanntgab, dass der Austrittsvorgang bis Ende 2017 in Gang gesetzt werden soll und somit nach der vertraglich vorgesehenen zweijährigen Verhandlungsperiode mit dem Austritt für März 2019 zu rechnen sei, sind noch viele Fragen im Zusammenhang mit dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs weitgehend offen. Vor allem die langfristigen wirtschaftlichen Folgen lassen sich aufgrund der vielfältigen Handelsverflechtungen nur schwer absehen. Zwar erholten sich die Aktienmärkte nach wenigen Tagen wieder und die Folgen für den britischen Immobilienmarkt waren in den folgenden Monaten auch weitaus weniger drastisch als erwartet. Das britische Pfund wertete jedoch in der Folge des BREXIT-Votums zunehmend ab und erreichte im Juli 2016 den schwächsten Wert zum US-Dollar seit 1985. Gegen den Euro wurde im Oktober 2016 der schwächste Kurs seit 2009 erreicht. Zwar wirkt sich die Währungsabwertung tendenziell positiv für die Exportwirtschaft sowie den Tourismus aus. Einige Analysten sehen hier gar ein erhöhtes Potenzial eines „Comebacks der britischen Industrie“ infolge eines schwächeren GBP unter der Voraussetzung einer entsprechenden Wirtschaftspolitik im Hinblick auf konkurrenzfähige Produktionskosten. Im Bereich der Verbrauchsgüter jedoch trifft die Verteuerung der Einfuhren die postindustrielle Gesellschaft Großbritanniens voraussichtlich hart. Großbritannien hat seit vielen Jahren ein sehr großes Handelsbilanzdefizit. Dieses wird durch eine Nettoneuverschuldung Großbritanniens bei ausländischen Gläubigern finanziert. Ein schwächerer GBP-Wechselkurs erschwert die Rückzahlung ausländischer Kredite, impliziert aber auch die Chance,

das Handelsbilanzdefizit dauerhaft zu verringern. Die Ratingagenturen stufen in der Folge die Kreditwürdigkeit des Vereinigten Königreichs herab (S&P und Fitch auf „AA“, Moody's auf „Outlook negative“), die Europäische Union verlor bei S&P ihre Top-Note und wurde auf „AA“ zurückgestuft.

Der gescheiterte Putschversuch von Teilen des Militärs in der Türkei im Juli 2016 hatte zwar mit Ausnahme einer deutlichen Abwertung der türkischen Lira so gut wie keine Auswirkungen auf die Kapitalmärkte. Dieser schien Präsident Erdogan jedoch gerade recht zu kommen. Der zunächst für drei Monate verhängte Ausnahmezustand, der schließlich um weitere drei Monate verlängert wurde, gab der Regierung unter Ministerpräsident Yıldırım und dem Präsidenten größere Vollmachten. Hiervon machte und macht die Regierung umfangreich Gebrauch bei der Entlassung von politisch missliebigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Es ist die Rede von „Säuberungen“ etwa an türkischen Universitäten. In Verbindung mit sonstigen, mehr als fragwürdigen Positionen des Präsidenten und der Regierung in innenpolitischen (etwa Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit und beabsichtigte Wiedereinführung der Todesstrafe) sowie außenpolitischen Angelegenheiten (insbesondere Beziehung zu Russland und zur Europäischen Union) sowie diverse Kontroversen und Vorfällen etwa im Zusammenhang mit deutschen Satirebeiträgen („Fall Böhmermann“) erscheint nicht nur Präsident Erdogan in einem äußerst diffusen Licht, sondern verbietet sich auch jedem Anleger, der ethisch-moralische Grundsätze beachtet, jedwede Investition in der Türkei – einem Staat, der nur noch schwerlich als „demokratisch“ zu bezeichnen ist.

Nach vergleichsweise schwachen Arbeitsmarktdaten im Juni 2016 sendete die Fed ab August 2016 wieder positive Signale im Hinblick auf ihre geldpolitischen Ziele Preisstabilität und maximale Beschäftigung, die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Zinserhöhung nahm wieder zu. In Anbetracht der nahenden US-Präsidentschaftswahlen und der Befürchtung, dass eine mögliche Wahl von Donald Trump eine globale Bedrohung bedeuten würde, hielt die Unsicherheit und Volatilität an den Märkten jedoch an. Insbesondere die Aktienmärkte bewegten sich weiter richtungslos. Der erwartete Super-GAU blieb jedoch zum Erstaunen der meisten Marktteilnehmer nach der Verkündung des Wahlsieges von Trump am 9. November 2016 aus. Dies erstaunt umso mehr, als Trump bis dato eher als politisch vollkommen unerfahrener, radikaler Kandidat der Protestwähler ohne klares und nachvollziehbares Programm wahrgenommen wurde. Bisweilen war auch von einem „postfaktischen Politikstil“ die Rede. Offenbar hat die vielzitierte „schweigende Mehrheit“ der US-Bürger in Anbetracht der eigenen Unzufriedenheit mit ihrer persönlichen Situation jedoch die radikalen Haltungen Trumps zum Thema Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, Protektionismus, Klimaschutz und Energiepolitik oder auch Waffenrecht dankend aufgenommen. Auch die Ankündigung Trumps, Geringverdiener sowie die Mittelschicht steuerlich zu entlasten, den Mindestlohn anzuheben sowie ein breit angelegtes Investitionsprogramm in Infrastruktur aufzulegen, hat offenbar zu seinem Wahlsieg beigetragen. Inwieweit diese populistischen Äußerungen letztlich auch in die Tat umgesetzt werden, wird sich zeigen. Offenbar haben die Kapitalmärkte aber großes Vertrauen in Trump, wenn man der Kursrallye an den Aktienmärkten seit Anfang November 2016 sowie den Prognosen für das folgende Jahr Glauben schenken darf. Mögliche Kursabweichungen oder sonstige Aussetzer Trumps, die sich nachhaltig negativ auf die Märkte auswirken könnten, scheinen die wenigsten zu erwarten. Dabei besteht doch gerade im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Zielrichtung Trumps Ungewissheit. Laut eigener Aussage befürwortet Trump den freien Markt, vertritt jedoch den Standpunkt, dass US-Unternehmen ihre ausländischen Produktionsstätten unter anderem durch hohe Strafzölle und Steuererleichterungen in die Vereinigten Staaten zurückverlagern sollen und dass die angeblich ungünstigen Handelsverträge, wie z. B. die Transpazifische Partnerschaft, neu ausgehandelt werden müssten. Diese Positionen sind vor allem in libertären und konservativen Kreisen wie dem Club for Growth als protektionistisch und als „Verachtung“ der freien Marktwirtschaft kritisiert worden.

Erstaunlicherweise hielten sich auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern die Aktienkursverluste nach der Wahl Trumps insgesamt in Grenzen, obgleich der US-Dollar deutlich aufgewertet hat. So liegt der MSCI Emerging Markets zum Jahresende ca. 8 % im Plus, währungsbereinigt sogar ca. 13 %, nachdem insbesondere das vorhergehende Jahr verheerende Kursverluste gebracht hatte (-17 %, währungsbereinigt -8 %). Einen nicht unerheblichen Einfluss auf diese positive Entwicklung hatte der Rohölpreis. Dieser hatte im Februar seinen absoluten Tiefststand erreicht (WTI 26,21 USD). Zunächst seitens Saudi-Arabien und Russland angestrebte Förderbegrenzungen konnten mangels Einigung der ölfördernden Staaten vorerst nicht umgesetzt werden. Eine Einigung erfolgte erst Ende November 2016. Bis dahin hatte der Ölpreis bereits wieder ein Niveau von ca. 50 USD erreicht, was annähernd einer Verdoppelung ausgehend vom Tiefststand entsprach. Auch danach stieg der Preis trotz Aufwertung des US-Dollar infolge des Wahlausgangs in den USA weiter an und liegt zum Jahresende bei ca. 54 USD. Es wird kurzfristig mit einem weiteren moderaten Preisanstieg infolge der forcierten Rückführung der Lagerbestände gerechnet. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Entscheidung über eine Fortführung der Selbstbeschränkung beim nächsten OPEC-Treffen im Mai 2017.

Positive Auswirkungen hatte die Erholung des Ölpreises nicht zuletzt auf die Inflation. Zwar ist man noch immer ein Stück weit vom inoffiziellen geldpolitischen Ziel einer Inflationsrate von „knapp unter 2 %“ entfernt. Dennoch scheinen die Tiefstände des Jahres 2015, als der US-amerikanische CPI sich um Null bewegt und die jährliche Inflationsrate in der Eurozone zeitweilig einen Wert von -0,5 % angenommen hat, überwunden. Die US-Inflationsrate hat mit 1,7 % per 30. November 2016 den höchsten Stand seit über zwei Jahren erreicht. Die Eurozone zeigt sich hier mit 0,6 % noch vergleichsweise bescheiden, befindet sich inzwischen aber ebenso in einem positiven Trendverlauf (die bundesdeutsche jährliche Inflationsrate liegt mit 0,8 % unwesentlich darüber). Die letzten Umfragewerte lassen kurzfristig einen weiteren Anstieg der Inflationsraten erwarten. Die angekündigten Investitionsprogramme der Regierung Trump lassen auf einen weiterhin positiven Verlauf der Geldmengenentwicklung in den USA hoffen. Dies setzt allerdings voraus, dass weitere Zinserhöhungsschritte seitens der Fed diese Entwicklung nicht hemmen bzw. abwürgen und die neue US-Regierung ihre wirtschaftspolitischen Pläne umsetzt. Nicht zuletzt bedarf es insbesondere in der Eurozone auch struktureller Maßnahmen, die die Kerninflationsrate nachhaltig stützen. Hierbei werden entsprechende Lohn- und Gehaltstarifabschlüsse eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Weniger positiv gerichtet war zunächst die Zinsentwicklung. Während in den USA die Verunsicherung nach der Zinserhöhung durch die Fed Ende 2015 und anschließend die bevorstehenden US-Präsidentenwahlen für Druck auf die Renditen von US-Treasuries sorgten – die zehnjährige Staatsanleihenrendite fiel von 2,3 % p. a. Ende 2015 bis auf unter 1,4 % p.a. Mitte 2016 –, war es in der Eurozone im Wesentlichen die EZB, deren Anleihenkaufprogramm die Renditen auf neue Rekordtiefstände fallen ließen. So sank die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen ausgehend von 0,6 % p. a. Ende 2015 bis auf -0,2 % p. a. Anfang Juli 2016. Erstaunlicherweise führte der Ausgang der US-Präsidentenwahlen nicht zu einer weiteren Flucht in die „sicheren Häfen“, sondern ließ sowohl in Übersee als auch in der Eurozone unerwarteterweise die Renditen ansteigen. So stieg die zehnjährige US-Treasury-Rendite im Dezember 2016 auf 2,6 % p. a. und damit den höchsten Stand seit September 2014. Die zehnjährige Bundesanleihenrendite näherte sich mit 0,4 % p. a. im Dezember 2016 wieder ihrem Jahresanfangswert an. Einen gewissen Schub mag hierbei auch die Ankündigung von Mario Draghi Anfang Dezember 2016 gebracht haben, ab April 2017 mit dem „Tapering“ zu beginnen und das monatliche Kaufvolumen der EZB von 80 Mrd. EUR auf zunächst 60 Mrd. EUR zu reduzieren. Ein Stück weit konterkariert wurde dies jedoch durch die zeitgleiche Ankündigung der EZB, das Anleihenkaufprogramm noch bis mindestens Ende 2017 zu verlängern. Die weitere Entwicklung der Renditen wird ganz erheblich vom weiteren Vorgehen der Zentralbanken

abhängen. Grundsätzlich scheint hier mehr Enttäuschungs- als Upside-Potenzial zu bestehen. Weitere Zinsschritte seitens der Fed nach der letzten Erhöhung am 14. Dezember 2016 um 25 Basispunkte könnten sich negativ auf das „zarte Band der Konjunktur“ in den USA auswirken. Dies ist umso mehr zu befürchten, als zusätzlich zu geldpolitischen Schritten auch strukturelle Maßnahmen durch die neue US-Regierung notwendig erscheinen und unsicher ist, wie sich die Trumpsche Politik letztlich konkret auswirkt. Ähnliches gilt für die Eurozone und die EZB. Es ist zu hoffen, dass neben dem andauernden „Quantitative Easing“ hier interne Themen – so stehen etwa in Deutschland Wahlen an – auch mit Blick auf die Peripherie sowie der politische Druck, die Zinsen künstlich niedrig zu halten, nicht eine weitere positive Entwicklung hemmen. Diese Ausgangssituation lässt jedoch zumindest kurzfristig – allem Überraschungspotenzial zum Trotz – keinen weiteren Zinsanstieg in der Eurozone in nennenswertem Maße erwarten.

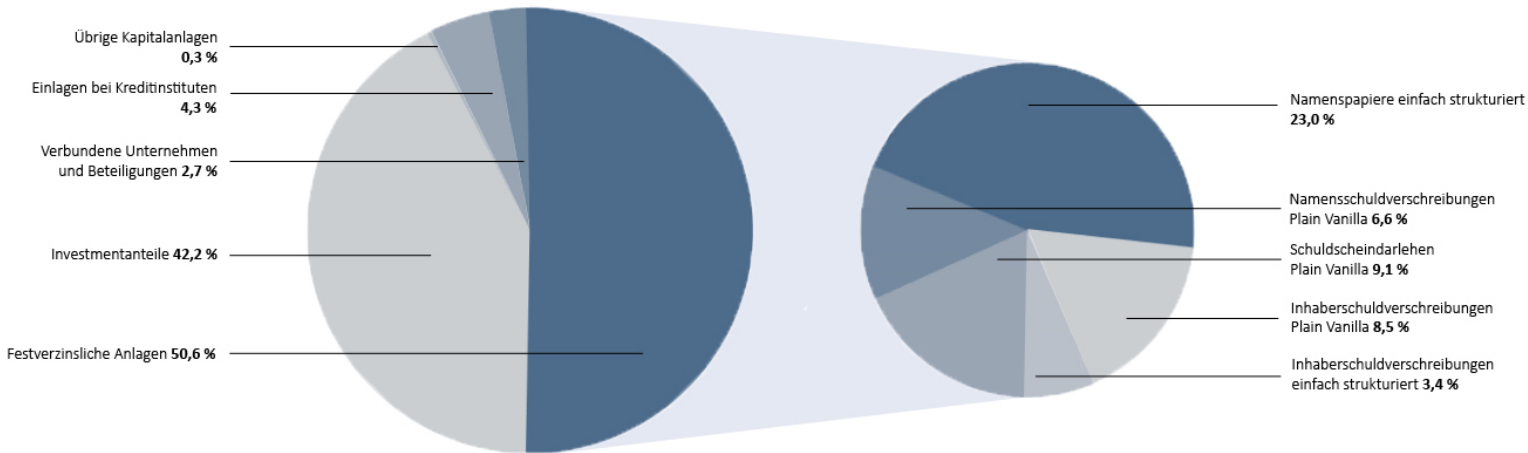
Vor diesem Hintergrund hat die VERKA PK im Berichtsjahr ihre Maßnahmen zur Portfolio-optimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten fortgesetzt und die Diversifikation insbesondere durch Investitionen in nachhaltige alternative Anlagen abseits der klassischen Renten- und Aktienanlage unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit weiter erhöht. Bei der Auswahl sämtlicher Neuinvestitionen wurde und wird strikt auf die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien der VERKA PK geachtet. Diese sind explizit Bestandteil der Kapitalanlagestrategie. Die VERKA PK sieht die Nachhaltigkeit der Kapitalanlagen als gleichberechtigten Anlagegrundsatz neben der Sicherheit bzw. Qualität, Rentabilität und Liquidität der Investments unter Berücksichtigung einer angemessenen Mischung und Streuung innerhalb des Portfolios.

In Anbetracht der anhaltenden Zinskurvensteilheit konnten im Berichtsjahr zwei Steepener-Schuldscheinanleihen mit Abgangsgewinnen verkauft werden. Ein weiteres Steepener-Schuldscheinanleihen wurde durch den Emittenten in Anbetracht des unverändert niedrigen Zinsniveaus erwartungsgemäß gekündigt. Insgesamt konnte somit die Planungssicherheit im Hinblick auf drohende Minderverzinsungen aus den variabel verzinslichen strukturierten Produkten merklich erhöht werden.

Die VERKA PK hat sich im Jahr 2016 mit einem Zeichnungsvolumen von 2,0 Mio. EUR an einem Private-Equity-Fonds beteiligt, der sich in Ergänzung zu bestehenden Private-Debt- und Mezzanine-Finanzierungen an etablierten Mittelstandsunternehmen in Deutschland beteiligt. Hierbei werden ethische und moralische Grundsätze entsprechend der Nachhaltigkeitsanforderungen der VERKA PK strikt beachtet. Im Berichtsjahr sind bereits zwei Kapitalabrufe durch den Fonds im Gesamtvolumen von 0,8 Mio. EUR erfolgt. Des Weiteren hat sich die VERKA PK mit einem Zeichnungsvolumen von 5,0 Mio. EUR an einem weiteren auf Europa fokussierten Infrastruktur-Basketfonds beteiligt. Im Berichtsjahr sind bereits zwei Kapitalabrufe durch den Fonds im Gesamtvolumen von 1,1 Mio. EUR erfolgt. Weitere Zugänge waren infolge diverser Capital Calls der bereits in den Vorjahren gezeichneten alternativen Investmentfonds und Immobilien-Sondervermögen sowie in verzinsliche Anlagen im Direktbestand zu verzeichnen. Dem gegenüber standen Abgänge aus Fälligkeiten, Kündigungen und Verkäufen verzinslicher Anlagen sowie Kapitalrückzahlungen im Bereich der Beteiligungen.

Der Saldo aus Neu- bzw. Wiederanlagen und Abgängen aus dem Kapitalanlagenportfolio der VERKA PK war im Berichtsjahr mit 18,7 Mio. EUR positiv (Vj. 41,1 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung von Zu- und Abschreibungen belief sich die Veränderung des Kapitalanlagenvolumens insgesamt auf 18,6 Mio. EUR (Vj. 39,1 Mio. EUR), was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % (Vj. 8,0 %) auf 544,7 Mio. EUR (Vj. 526,1 Mio. EUR) entsprach.

Die Kapitalanlagen waren per 31. Dezember 2016 wie folgt in die unterschiedlichen Assetklassen allokiert:



Der Anteil der **Investmentanteile** ist auf 42,2 % (Vj. 40,3 %) angestiegen. Ursächlich hierfür waren Aufstockungen bzw. Kapitalabrufe zur Erfüllung offener Kapitalzusagen. Die aus dem Aktienfonds, dem Wandelanleihensegment im gemischten Wertpapier-Sondervermögen sowie dem Dach-Hedgefonds resultierende ökonomische Aktienquote unter Berücksichtigung von Absicherungsmaßnahmen ist mit 4,8 % (Vj. 3,2 %) nach Zeitwerten bzw. 5,0 % (Vj. 3,3 %) nach Buchwerten infolge der insgesamt positiven Marktentwicklung und Zuführungen zum gemischten Wertpapier-Sondervermögen zugunsten des Wandelanleihenanteils leicht angestiegen, liegt aber weiterhin innerhalb des Zielkorridors. Die strategische Zielquote von 5,0 % soll nachhaltig nicht wesentlich überschritten werden. Das sich aus dem Aktienfonds ergebende Aktienkursverlustrisiko ist langfristig und nahezu vollständig neben einer sich aus dem Anlagekonzept ergebenden impliziten Limitierung der Volatilität mittels eines Optionssicherungskonzepts abgesichert. Das aus dem Wandelanleihen-Teilportfolio resultierende ökonomische Aktienrisiko wird mittels eines Wertsicherungskonzepts durch Vorgabe einer Wertuntergrenze und des daraus resultierenden Risikopuffers gemindert.

Schwerpunkt der Kapitalanlage sind weiterhin – wenngleich mit weiter leicht abnehmender Tendenz – mit 50,6 % (Vj. 50,8 %) **festverzinsliche Anlagen** im Direktbestand (ohne Einlagen bei Kreditinstituten).

Der Bestand der **Inhaberschuldverschreibungen** ist mit 11,9 % im Vergleich zum Vorjahr (9,9 %) aufgrund von Neuanlagen in diesem Bereich angestiegen. Der Anteil der Plain-Vanilla-Bonds hat sich auf 8,5 % (Vj. 8,0 %) erhöht, wogegen bei den einfach strukturierten Inhaberschuldverschreibungen ein Anstieg auf 3,4 % (Vj. 1,9 %) zu verzeichnen war. In Anbetracht des extrem niedrigen Zinsniveaus sind die Neuanlagen überwiegend in einfach strukturierte kündbare Anleihen erfolgt, um eine hinreichend hohe Rendite zu erzielen.

Der Anteil der **Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen** (ohne Nachträge) ist weiter auf 38,7 % (Vj. 41,1 %) gesunken. Der Anteil der einfach strukturierten Namenstitel sowie Credit-Linked-Schuldscheindarlehen ging aufgrund von planmäßigen Fälligkeiten, Emittentenkündigungen und Verkäufen auf 23,0 % (Vj. 23,9 %) zurück, wogegen sich der Anteil der Plain-Vanilla-Namensschuldverschreibungen und -Schuldscheindarlehen auf 15,7 % (Vj. 17,2 %) reduzierte. Den Abgängen standen mit Blick auf das nach wie vor außerordentlich niedrige Zinsniveau

Neu- und Wiederanlagen mit einem – auch im Verhältnis zum noch immer vergleichsweise hohen Anteil der sonstigen Ausleihungen am Gesamtvermögen – vergleichsweise geringen Volumen von 16,4 Mio. EUR (Vj. 8,0 Mio. EUR) gegenüber. Verzinsliche Kapitalanlagen in der Direktanlage bestehen überwiegend bei inländischen Kreditinstituten, wodurch das Emittentenrisiko begrenzt ist. Dennoch wurde das Financial Exposure (inkl. Pfandbriefen bzw. Covered Bonds und indirekter Anlagen in Fonds) zur weiteren Risikodiversifizierung im Berichtsjahr weiter auf 48,4 % (Vj. 51,1 %) der gesamten Kapitalanlagen zugunsten anderer Anlagen im Wege der Portfoliodiversifikation reduziert.

Der Anteil der **Einlagen bei Kreditinstituten** reduzierte sich auf 4,3 % (Vj. 6,4 %).

Mit 2,7 % hat sich der Anteil der **verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** im Vergleich zum Vorjahr (2,2 %) weiter erhöht. Ursächlich hierfür waren Kapitalabrufe eines Infrastruktur-Dachfonds, des Mezzanine-Fonds, des Fonds zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie der im Berichtsjahr gezeichneten Private-Equity- und Infrastruktur-Basketfonds. Dem gegenüber standen in vergleichsweise geringem Umfang Kapitalrückzahlungen der beiden Beteiligungsgesellschaften in alternative Energien.

Der Anteil der **übrigen Kapitalanlagen** (inkl. festverzinslicher Anlagen mit Nachrang sowie übriger Ausleihungen) blieb mit 0,3 % unverändert.

Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht aus dem gezeichneten Kapital in Höhe von 38,0 Mio. EUR und der Kapitalrücklage in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

Deckungsrückstellung und Risikoverlauf

Die Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 5,4 % auf 524,4 Mio. EUR.

Die der Berechnung der Deckungsrückstellung zugrunde liegenden aktuariellen Annahmen werden jährlich im Rahmen eines versicherungsmathematischen Gutachtens überprüft und – soweit notwendig – angepasst, um angemessene Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen zu gewährleisten. Dies führte zu einer weiteren Verstärkung der Deckungsrückstellung, um der gestiegenen und weiter steigenden Lebenserwartung Rechnung zu tragen.

Um die eingegangenen Zinsverpflichtungen auch in einem Kapitalmarktumfeld mit niedrigem Zinsniveau erfüllen zu können, ist die Deckungsrückstellung gemäß Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren mit dem Referenzzins zu ermitteln, sofern dieser unterhalb des garantierten Rechnungszinses liegt. Der Referenzzins entspricht dabei dem zehnjährigen Mittel von Null-Kupon-Euro-Zinsswapsätzen mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Er lag zum 31. Dezember 2016 bei 2,54 %. Der höchste im Neubestand verwendete Rechnungszins beträgt 3,25 %. Für die Teilbestände des Neubestands mit einem Rechnungszins von 3,25 und 2,75 wurde deswegen zum 31. Dezember 2016 eine Zinszusatzreserve in Höhe von 10,0 Mio. EUR gebildet. Für den mit einem Rechnungszins von 3,5 % begründeten Altbestand wurden analoge Vorschriften in den Geschäftsplan aufgenommen. Für diesen Bestand wurde eine Zinszusatzreserve zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 33,5 Mio. EUR gestellt.

Liquidität

Der Anteil der Einlagen bei Kreditinstituten betrug 4,3 % der gesamten Kapitalanlagen zum Bilanzstichtag. Der entsprechende Betrag in Höhe von 23,4 Mio. EUR war in kurzfristige Festgelder bei einem deutschen Kreditinstitut angelegt. Weitere 2,1 Mio. EUR lagen zum Bilanzstichtag in Form von laufenden Guthaben vor. Unter Berücksichtigung der aktuellen Liquiditätslage, der Fälligkeitsstruktur und Liquidität des Kapitalanlagenbestands insgesamt – bei den Anlagen handelt es sich überwiegend um kurzfristig liquidierbare Wertpapiere bzw. Investmentanteile – sowie der Liquiditätsplanung, die sämtliche planmäßigen Cashflows der nächsten zehn Jahre beinhaltet, wird die Liquiditätssituation der Gesellschaft als angemessen angesehen, so dass die VERKA PK jederzeit in der Lage war und ist, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Personal- und Sozialbericht

Die VERKA PK hat keine eigenen Mitarbeiter/innen. Sie wird über Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträge durch Mitarbeiter/innen des VERKA VK geführt.

Sonstige Angaben

Es wurden keine versicherungsfremden Geschäfte getätigt.

Risikobericht

Das Risikomanagementsystem der VERKA PK dient der frühzeitigen Erkennung aller wesentlichen Risiken, die sich negativ auf die Wirtschaftslage des Unternehmens auswirken oder den Bestand des Unternehmens insgesamt gefährden könnten.

Ziele des Risikomanagements und Risikopolitik

Zentrales Ziel der etablierten Risikomanagementprozesse ist die dauerhafte Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, um die Solvabilität der Pensionskasse auch in Krisensituationen nicht zu gefährden. Grundlage der Risikopolitik der VERKA PK ist ein konservativer Umgang mit allen unternehmensindividuellen Risiken, wobei im Zweifel das Vorsichtsprinzip gilt – Sicherheit vor Ertrag. Gleichzeitig sind stabile Erträge notwendig, um die garantierten Leistungen sicherzustellen und die Eigenmittelbasis und somit die Risikotragfähigkeit langfristig weiter verstärken zu können. Daher wird angestrebt, stets solche Geschäfte zu tätigen, die bei begrenzter Risikoexposition ein optimales Risiko-Ertrags-Verhältnis aufweisen.

Prozesse und Verfahren des Risikomanagements

Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement liegt beim Vorstand der VERKA PK. Im Rahmen des bestehenden Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages mit dem VERKA VK werden Risikomanagementdienstleistungen durch den VERKA VK erbracht. Das zentrale Risikomanagement definiert Methoden und Verfahren für die qualitative und quantitative Erfassung der Risiken und ist auf Unternehmensebene für die Risikoüberwachung, die Gesamtrisikosteuerung und die Risikoberichterstattung an den Vorstand verantwortlich. Im Rahmen einer vierteljährlichen Risikoinventur werden alle Risiken, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage wesentlich beeinflussen können, durch die jeweiligen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche identifiziert und mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements analysiert und quantifiziert. Hierzu werden zu jedem Risiko Bewertungen hinsichtlich des möglichen Schadenausmaßes und der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten vorgenommen. Für die daraus abgeleiteten Risikokennzahlen werden ggf. entsprechende Schwellenwerte vorgegeben. Im Sinne einer aktiven Risikosteuerung werden konkrete Gegenmaßnahmen festgelegt, um die aus den Einzelrisiken resultierenden Risikopotenziale wirksam zu reduzieren. Im Rahmen des entwickelten Risikotragfähigkeitskonzepts erfolgt neben der quartalsweise stattfindenden Risikoinventur eine monatliche Analyse und Bewertung der Kapitalanlagerisiken durch das Risikomanagement.

Eine Beurteilung und transparente Kommunikation der im Risikomanagementprozess abgeleiteten Gesamtrisikolage der Pensionskasse findet regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr, im Risikokomitee statt. Diesem gehören neben dem Vorstand und Risikomanagement auch die dezentralen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche an. Das Risikomanagement der VERKA PK wird ständig weiterentwickelt, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, und wird hinsichtlich seiner Effektivität und Angemessenheit mindestens im jährlichen Turnus durch die Interne Revision geprüft.

Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken treten bei der VERKA PK vor allem in Form von biometrischen Risiken auf, wobei das Langlebigerkeitsrisiko eine zentrale Rolle einnimmt. Die übernommenen biometrischen Risiken werden ständig beobachtet und durch aktuarielle Tarifierung und eine vorsichtige Reservierungspolitik gesteuert. Darüber hinaus wird zur Absicherung biometrischer Risiken das Instrument der Rückversicherung eingesetzt. So ist insbesondere das Invaliditätsrisiko zu einem gewissen Teil durch Rückversicherung abgedeckt. Bei der Einführung neuer Tarife oder der Entwicklung neuer Produkte werden im Rahmen der etablierten Produkteinführungsprozesse umfangreiche Risikoanalysen durchgeführt. Aus heutiger Sicht erscheinen die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen insgesamt angemessen.

Aus der Versicherungstechnik können außerdem Kostenrisiken und Stornorisiken resultieren, die ebenfalls bei der versicherungsmathematischen Kalkulation Berücksichtigung finden. Im Hinblick auf die in einigen Teilversicherungsbeständen in der Vergangenheit beobachtete Verwaltungskostenunterdeckung wurde in den vergangenen Jahren sukzessive eine entsprechende zusätzliche Verwaltungskostenrückstellung gebildet, welche die erwartete zukünftige Entwicklung des Kostenergebnisses dieser Teilbestände reflektiert. Aus heutiger Sicht erscheinen die entsprechend verwendeten Rechnungsgrundlagen insgesamt angemessen.

Im Gegensatz zu den meisten Lebensversicherungsunternehmen und vielen Pensionskassen liegt den Teilbeständen der VERKA PK kein über 3,5 % liegender Garantiezins zugrunde. Durch den

wachsenden Anteil des mit einem niedrigeren Garantiezins unterlegten Neugeschäfts wird die passivseitige Zinsanforderung der VERKA PK sukzessive weiter abnehmen, so dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Zinsverpflichtungen auch in einem Umfeld vergleichsweise niedriger Zinsen eher sichergestellt werden kann. Aufgrund des weiterhin extrem niedrigen Zinsniveaus musste die Zinszusatzreserve – wie erwartet – auch im Jahr 2016 deutlich erhöht werden. Für die Folgejahre ist ein weiterer Aufbau der Zinszusatzreserve zu antizipieren, da der für die Ermittlung der Zinszusatzreserve zu betrachtende Referenzzinssatz weiter deutlich rückläufig ist. Mit dem Ziel der Entlastung der Versicherungsunternehmen bezüglich der Aufwände zur Zinszusatzreserve, werden von Seiten der BaFin in Zusammenarbeit mit der Deutschen Aktuar Vereinigung neuartige Methoden zur Bestimmung des Referenzzinses diskutiert. Wesentlicher Inhalt dieser Methoden ist eine Dämpfung der Referenzzinssatzentwicklung. Unter der Annahme eines über die kommenden Jahre anhaltend niedrigen Zinsumfeldes kann die Zinszusatzreserve so zwar nicht vermieden werden, es wird aber eine Verteilung der Aufwände auf einen längeren Zeitraum erreicht, was eine Finanzierung der Zinszusatzreserve erleichtert. Ob und wann eine der diskutierten Methoden eingeführt wird und welche Ausgestaltung endgültig gewählt wird, ist zu dem aktuellen Zeitpunkt aber noch unklar.

Für das Neugeschäft gilt bereits ab dem Jahr 2015 ein reduzierter Rechnungszins von 1,25 %, wodurch die durchschnittliche Zinsanforderung bei entsprechendem Neugeschäft noch etwas schneller zurückgehen wird. Für das Jahr 2017 sieht das Bundesministerium eine weitere Senkung des Höchstrechnungszinses auf 0,9 % vor. Die Beschlussfassung hierzu erfolgte im Mai 2016. Unter Vorsichtigkeitgesichtspunkten hat sich die VERKA PK dazu entschieden, den mit der Einführung der neuen Tarifgeneration ab 1. Januar 2017 zugrundeliegenden Rechnungszins, über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinaus, auf 0,5 % zu senken. Dem Risiko eines – über einen längeren Zeitraum anhaltenden – Niedrigzinsumfeldes kann so besser Rechnung getragen werden, da Zinsgarantierisiken aus dem Neugeschäft noch stärker reduziert werden. Auch wird die rückläufige Entwicklung der durchschnittlichen Zinsanforderung des Bestandes weiter unterstützt. Für die Zukunft sollen im Rahmen der verfolgten Produktstrategie die Versicherungsprodukte für das Neugeschäft so gestaltet werden, dass insbesondere Zinsgarantierisiken minimiert werden. Aus dem Neugeschäft potenziell resultierende Anforderungen zur Bildung einer zusätzlichen Zinszusatzreserve sollen für die Zukunft möglichst ausgeschlossen sein. Angestrebt wird die Einführung fondsgebundener Versicherungsprodukte, die mit möglichst minimalen Risiken verbunden und kosteneffizient zu verwalten sein sollen.

Im Rahmen der durchgeführten Asset-Liability-Management-Studien konnte bestätigt werden, dass die Pensionskasse ohne Berücksichtigung der Zinszusatzreserve grundsätzlich auch in vorübergehenden Niedrigzinsphasen in der Lage ist, den erforderlichen Garantiezins zu erwirtschaften. Die Finanzierung des Aufbaus der Zinszusatzreserve, die zu einer deutlichen mittelfristig wirkenden Reduzierung der Zinsanforderung führt, erzeugt allerdings kurzfristig erhebliche Aufwände, welche nur mit Unterstützung der Muttergesellschaft VERKA VK getragen werden können.

Marktrisiken

Die Kapitalanlage der VERKA PK ist mit Marktrisiken wie dem Aktienrisiko, Immobilienrisiko und Zinsänderungsrisiko verbunden. Währungsrisiken sollen aufgrund der Fokussierung auf Anlagen in der Eurozone eine untergeordnete Rolle spielen bzw. im Rahmen von Fondsmandaten mit globaler Ausrichtung durch vereinbarte Absicherungsstrategien überwiegend ausgeschlossen werden. Zur Quantifizierung, Analyse und Steuerung der Marktrisiken sowie zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit kommen interne und aufsichtsrechtliche Stresstests, Szenarioanalysen, Risikotragfähigkeits-

betrachtungen und Asset-Liability-Studien zum Einsatz. Für die innerhalb von Wertpapier-Sondervermögen bestehenden Aktienrisiken bestehen effektive Absicherungsmaßnahmen, um die Risikotragfähigkeit der VERKA PK nachhaltig zu sichern.

Der Aktienfonds ist mit einer optimierten langfristig ausgerichteten Absicherungsstrategie ausgestattet, welche auf einer volatilitätsabhängigen Steuerung der Aktienquote aufbaut und dazu passend konstruierte Optionen einsetzt. Der Absicherungsgrad wird unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen regelmäßig angepasst. Das aus Wandelanleihen implizit resultierende ökonomische Aktienrisiko wird mittels eines dynamischen Wertsicherungskonzepts unter Berücksichtigung einer fest vorgegebenen Wertuntergrenze gesteuert und effektiv begrenzt. Allein der Dach-Hedge-Fonds wird ungesichert im Portfolio geführt, was aber im Hinblick auf das überschaubare Volumen als vertretbar erscheint. Unter Berücksichtigung bestehender Sicherungsmaßnahmen resultiert per 31. Dezember 2016 eine ökonomische Aktienquote von 5,0 % (Buchwerte).

Die mit dem problembehafteten Gewerbeimmobilienfonds Sireo gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade im Immobilienbereich der Kompetenz des Fondsmanagements eine besonders hohe Bedeutung zukommt und dass die Annahme der Wertstabilität von Immobilienanlagen vor allem dann realistisch ist, wenn entsprechende Fondseingagements in dieser Assetklasse professionell bewirtschaftet werden. Anstelle des inzwischen abgewickelten Sireo-Immobilienfonds sollen die Beteiligungen an zwei anderen Immobilienspezialfonds weiter aufgebaut werden. In einem der beiden Fonds liegt der Schwerpunkt auf europäischen Budgethotelimmobilien; das andere Engagement konzentriert sich auf globale Gewerbe- und Handelsobjekte.

Bei den im Direktbestand befindlichen festverzinslichen Anlagen handelt es sich schwerpunktmäßig um Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, deren kurzfristige Bewertungsschwankungen aufgrund nicht dauerhafter Wertminderungen nicht bilanzwirksam sind. Bei steigenden Zinsen sind diese Anlagen zwar Kursverlustrisiken ausgesetzt, jedoch heben sich zwischenzeitlich vorhandene positive oder negative Bewertungsreserven spätestens bei Fälligkeit wieder auf. Neben dem Direktbestand bestehen Investitionen in vier Rentenspezialfonds mit Schwerpunkt auf EUR-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen.

Die Zinssensitivität des Bestandes der verzinslichen Anlagen ist in Anbetracht einer durchschnittlich gewichteten modifizierten Duration von 8,3 als moderat zu bezeichnen. Im Falle eines Zinsschocks – hierzu wird eine plötzliche Zinsänderung um 100 Basispunkte unterstellt – würden die Zeitwerte der Kapitalanlagen einschließlich der Fondsinvestments ceteris paribus um 38,0 Mio. EUR sinken bzw. steigen, wobei hier insofern vereinfacht gerechnet wurde, als dass Besonderheiten von im Bestand befindlichen, insbesondere von der Zinskurvensteilheit abhängigen strukturierten Produkten nicht berücksichtigt wurden.

Vor dem Hintergrund des sich im Laufe der letzten Jahre weiter verschärfenden sehr niedrigen Zinsniveaus bestehen mittelfristig erhebliche Wiederanlagerisiken, welche die Ertragssituation der Pensionskasse in zukünftigen Jahren spürbar belasten können, sofern das extreme Niedrigzinsumfeld noch über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben sollte. Im Zusammenhang mit der limitierten Risikotragfähigkeit sind die Möglichkeiten, sich dem negativen Einfluss der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die mittelfristige Entwicklung des Ertragspotenzials des Kapitalanlageportfolios zu entziehen, naturgemäß begrenzt.

Zur Erhöhung der Diversifikation über die verschiedenen Assetklassen hinweg und somit zur Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles erfolgen neue Investments tendenziell verstärkt im Bereich nachhaltiger alternativer Anlagen. Ziel ist, von den guten Ertragschancen sowie der niedrigen Korrelation zu den Erträgen und zur Wertentwicklung gewöhnlicher Assetklassen zu profitieren. So bestehen Engagements in den Bereichen Erneuerbare Energien (Photovoltaik- und Windenergieanlagen), Wald und Infrastruktur. Auch im Jahr 2016 wurden die portfoliooptimierenden Maßnahmen durch einen weiteren Ausbau alternativer Investments fortgesetzt, die das bereits bestehende Gesamtrisikoprofil des Kapitalanlagenportfolios unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten möglichst effektiv diversifizieren sollen. Komplettiert werden die Maßnahmen durch die Beteiligung bei einem breit diversifizierten Dach-Hedgefonds sowie Investments in zwei Fonds, welche mittels Eigenkapitalinstrumenten in deutsche mittelständische Unternehmen investieren.

Die im Bestand befindlichen einfach strukturierten Zinsprodukte werden im Rahmen des Kapitalanlagenrisikomanagements einer besonders detaillierten Analyse unterzogen. Abhängig von den Kapitalmarktparametern kann die Risikosteuerung hierbei beispielsweise durch risikomindernde Restrukturierungen strukturierter Schuldscheindarlehen oder Verkäufe der betreffenden Papiere erfolgen – entsprechende Opportunitäten werden regelmäßig geprüft. Trotz der bereits vorgenommenen Restrukturierungen besteht für die bisher noch nicht angepassten variablen Zinskuponphasen der Steepener-Schuldscheindarlehen weiterhin das Risiko einer Nullverzinsung. Im abgelaufenen Berichtsjahr hat sich die bestehende Risikokonzentration im Bereich der Steepener jedoch durch zwei Verkäufe und eine Kündigung deutlich reduziert.

Kreditrisiken

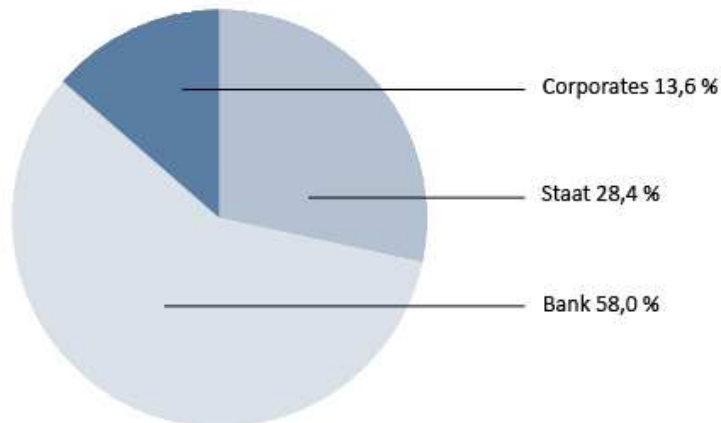
Kreditrisiken bestehen für die VERKA PK in der Möglichkeit negativer Bonitätsveränderungen von Emittenten, Geschäftsparteien und anderen Schuldern, wobei die mit festverzinslichen Kapitalanlagen verbundenen Kreditrisiken den größten Stellenwert einnehmen. Im Rahmen der Risikosteuerung kommen verschiedene Instrumente wie Vorgaben zu Ratingklassen und Begrenzungen im Hinblick auf Mischung und Streuung zum Einsatz, um einen hohen Grad an Diversifikation sowie ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis auf Gesamtportfolioebene zu ermöglichen. Neuanlagen im Direktbestand sind dabei grundsätzlich auf Papiere mit Investment-Grade-Rating beschränkt. Durch die bestehenden Spezialfondsmandate mit Schwerpunkten auf Euro-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen wird eine breite Diversifikation erreicht.

Bei der strategischen Ausrichtung des Portfolios an festverzinslichen Anlagen steht auch eine sukzessive Reduzierung der Financial Exposures weiterhin im Blickpunkt. Bei den Neuanlagen ist zu berücksichtigen, dass die Credit Spreads in vielen Asset Klassen inzwischen so stark gefallen sind, dass eine adäquate Risikoprämie für die übernommenen Bonitätsrisiken oftmals nur noch eingeschränkt oder gar nicht gegeben ist. Vor diesem Hintergrund verfolgt die VERKA PK die Strategie einer Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten und setzt hierbei verstärkt auf alternative Anlageklassen bzw. alternative Anlageregionen, wodurch die Diversifikation der Kreditrisiken weiter verbessert wird. Investitionen in Debt- und Equity-Finanzierungen von Alternative-Energie-Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern, europäische Senior Secured Floating Rate Loans oder auch Fremdfinanzierung von Unternehmensübernahmen ("Leveraged Buy Out" / LBO) ergänzen das Anlageuniversum sinnvoll und erhöhen die Diversifikation innerhalb dieser Anlageklasse.

Die Ratingstruktur des Kapitalanlagenbestandes mit Durchschau bei den Wertpapier-Sondervermögen stellt sich per 31. Dezember 2016 wie folgt dar; bei den nicht gerateten Anlagen handelt es sich weit überwiegend um Immobilienanlagen, Beteiligungen sowie Infrastrukturinvestments:

Ratingklasse	Rating	Buchwert Mio. EUR	Anteil %
AAA bis AA-	AAA	38,3	7,0
	AA+	25,8	4,7
	AA	33,2	6,1
	AA-	34,6	6,3
		131,8	24,2
A+ bis A-	A+	45,0	8,3
	A	43,0	7,9
	A-	51,3	9,4
		139,4	25,6
BBB+ bis BBB-	BBB+	59,5	10,9
	BBB	100,3	18,4
	BBB-	39,4	7,2
		199,2	36,6
Investmentgrade		470,5	86,4
	BB+	10,0	1,8
	BB	9,0	1,6
	BB-	3,2	0,6
		22,2	4,1
B+ bis CCC-C	B+	4,9	0,9
	B	1,8	0,3
	B-	1,2	0,2
	CCC-C	0,0	0,0
		7,8	1,4
Non-Investmentgrade		30,0	5,5
Non rated		44,3	8,1
Summe		544,7	100,0

Der Bestand der verzinslichen Anlagen ohne Einlagen bei Kreditinstituten wie Tagesgeldern und anderen kurzfristigen Termingeldern (Inhaberschuldverschreibungen einschließlich indirekter Anlagen in Spezial-Sondervermögen, Schuldscheindarlehen inkl. Credit-Linked-Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen; mit Durchschau bei Fonds) verteilt sich per 31. Dezember 2016 wie folgt auf die unterschiedlichen Emittentenklassen:



Liquiditätsrisiken

Eine ausgewogene Laufzeitenstreuung im Rahmen des Durationsmanagements bei festverzinslichen Anlagen ermöglicht auch für die kommenden Jahre eine sichere Liquiditätsplanung und somit eine Minimierung von kurzfristigen Liquiditätsrisiken. Der Anteil der kurzfristigen Festgeldanlagen betrug per 31. Dezember 2016 4,3 % des Vermögens, wodurch eine flexible Disposition gewährleistet ist.

Marktliquiditätsrisiken werden im Anlageprozess der VERKA PK berücksichtigt, indem in Abhängigkeit von der Liquiditätsplanung im Rahmen der Neuanlage ausreichend viele Investments mit hoher Fungibilität ausgewählt werden. Durch eine breite Diversifikation wird die jederzeitige Liquidität auch bei unerwarteter Markttenge in einzelnen Assetklassen gewährleistet.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in Form von fehlerhaften Prozessen, organisatorischen Schwachstellen, menschlichen oder technischen Fehlern, externen Einflüssen oder rechtlichen Problemen grundsätzlich in allen Geschäftsbereichen materialisieren. Die Identifikation und Bewertung operativer Risiken erfolgt nach zentralen Vorgaben und mit Unterstützung des Risikomanagements durch die dezentralen Risikoverantwortlichen. Dabei kommen unter anderem Experteninterviews und Szenariotechniken zum Einsatz, die eine frühzeitige Erkennung der Einzelrisiken ermöglichen.

Die Interne Revision führt regelmäßige Prüfungen der in der Geschäftsorganisation etablierten Prozesse und Systeme durch und hilft, diesbezügliche Schwachstellen frühzeitig aufzudecken und damit verbundene operationale Risiken zu reduzieren. Zur Bewältigung von Notfällen und Krisen wird eine umfassende Notfall- und Kontinuitätsplanung als unverzichtbar angesehen, damit die Kontinuität der wichtigsten Unternehmensprozesse und -systeme auf Gesamtunternehmensebene jederzeit

gewährleistet ist. Hierbei sind auch die in Krisensituationen notwendigen Organisations-, Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen festzulegen.

Sonstige Risiken

Neben den bereits ausführlich dargestellten Risikoarten werden auch Konzentrationsrisiken, Reputationsrisiken sowie strategische Risiken in den Risikomanagementprozess der VERKA PK einbezogen. Dabei werden wechselseitige Abhängigkeiten, die mit den anderen Risikoarten bestehen, berücksichtigt. Die im Kapitalanlagenportfolio befindlichen einfach strukturierten Steepener-Schuldscheindarlehen, deren Kuponzahlungen in zukünftigen Jahren variabel und von der Steilheit der Zinskurve abhängig sind, stellen aufgrund des relativ hohen Investitionsvolumens eine bedeutsame Risikokonzentration im Hinblick auf Zinsausfallrisiken dar (siehe auch Marktrisiken). Im abgelaufenen Berichtsjahr wurde diese Risikokonzentration deutlich reduziert.

Die Stabilität und die Werthaltigkeit des Unternehmens können mittelfristig nur sichergestellt werden, wenn die VERKA PK über eine erfolgsversprechende Geschäftsstrategie verfügt. Bei der Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie der VERKA PK sind strategische Rahmenbedingungen zu beachten, welche sich auch aus den Interessenlagen der Vereinsmitglieder des Aktionärs VERKA VK ergeben. Im Sinne des Aktionärs sollte das Neugeschäft mit möglichst minimalen Risiken verbunden und kosteneffizient zu verwalten sein. Diese Anforderungen korrespondieren mit den im Bestandsgeschäft gewonnenen Erfahrungen, dessen Geschäftsentwicklung derzeit von den Aufwänden zur Bildung einer Zinszusatzreserve überlagert und dominiert wird. Daher sollen im Rahmen der Produktstrategie die Versicherungsprodukte für das Neugeschäft so gestaltet werden, dass die hiermit verbundenen Risiken minimiert werden.

Asset-Liability-Management

Zur bilanziellen Steuerung der zwischen versicherungstechnischen Risiken und Kapitalanlagerisiken bestehenden Wechselwirkungen ist ein wirksames Asset-Liability-Management (ALM) unverzichtbar. Das ALM der VERKA PK verfolgt das Ziel, die jederzeitige Erfüllung der bilanziellen Erfordernisse (Zinsgarantierisiko) sowie der aufsichtsrechtlichen Regelungen (insbesondere Solvabilität, Stresstest) mit einem höchstmöglichen Maß an Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

Die VERKA PK hat einen stringenten ALM-Ansatz implementiert, der eine detaillierte Analyse der zukünftigen Unternehmensentwicklung ermöglicht. Die ALM-Studien dienen als wesentlicher Ausgangspunkt für die Ableitung einer optimierten Kapitalanlagestrategie und liefern wertvolle Impulse für eine ständige Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles auf Gesamtportfolioebene, woraus eine weitere Stabilisierung der Risikotragfähigkeit resultiert. Vor dem Hintergrund der erhöhten Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Zinsstrukturkurve richtet die VERKA PK ihren Fokus im Asset-Liability-Management auch auf die Analyse verschiedener Extremszenarien (z. B. anhaltende Niedrigzinsphase, Inflation) und leitet entsprechende Maßnahmen für eine optimierte Unternehmenssteuerung ab. Darüber hinaus liefern die ALM-Studien wesentliche Erkenntnisse für die Entwicklung optimierter Produkte sowie für die Verfolgung einer nachhaltigen Eigenmittelstrategie.

Die Ergebnisse der ALM-Studien und daraus abgeleitete konkrete Handlungsempfehlungen werden im ALM-Komitee, in welchem neben dem Vorstand die Führungskräfte aus den Bereichen Kapitalanlagen, Versicherungsmathematik, Risikomanagement und Rechnungswesen sowie der Verantwortliche Aktuar vertreten sind, ausführlich erörtert.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Durch das Risikomanagementsystem der VERKA PK werden wesentliche oder bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich gegenwärtig keine Entwicklungen abzeichnen, die den Fortbestand der Gesellschaft bedrohen. Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote von 170,0 % (Vj. 178,6 %) per 31. Dezember 2016 verfügt die Pensionskasse über eine sehr solide Eigenmittelausstattung. Für das laufende Jahr sind nur unwesentliche Veränderungen bei den Eigenmitteln und der Solvabilität zu erwarten. Die Risikotragfähigkeit des aufsichtsrechtlichen Kapitalanlagen-Stresstests (BaFin-Stresstest) ist per 31. Dezember 2016 mit einem positiven Ergebnis in allen vier Szenarien gegeben. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Pensionskasse durch den mit der Muttergesellschaft VERKA VK bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag während dessen Laufzeit gegen unerwartete Risiken abgesichert ist. Durch diesen Risikotransfer wird die Risikotragfähigkeit in den entsprechenden Jahren abgesichert.

Prognose- und Chancenbericht

Sowohl Analysten als auch Wirtschaftswissenschaftler verweisen mit Blick auf das begonnene Jahr 2017 übereinstimmend auf drei Themen, die uns in diesem Jahr begleiten dürften: der weiter um sich greifende Populismus in der Politik, die mögliche Rückkehr der Inflation und die erwartete Ablösung des Primats der Geldpolitik durch die Fiskalpolitik. Vor allem in den USA könnte die neugewählte Regierung das an die Notenbank verlorene Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen. Damit würde die Entwicklung an den Kapitalmärkten wieder stärker von fundamentalen Faktoren wie Wirtschaftswachstum und Unternehmensgewinnen getragen. Steigende Zinsen wären dann Ausdruck eines zunehmenden Konjunkturoptimismus und einer Rückkehr zur Normalität. Auch in Europa richtet sich die Hoffnung auf die Fiskalpolitik, nachdem erkennbar ist, dass die Geldpolitik mit ihrem Instrumentarium letztlich alle Möglichkeiten ausgereizt hat und mit weiteren Maßnahmen überfordert wäre. Eigentlich wäre seit längerem die Strukturpolitik gefordert, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die Wachstumsschwäche zu überwinden. Die nur zögerliche Umsetzung von Reformen schwächt das Wachstum und fördert so letztlich das Erstarken populistischer Parteien, deren Einfluss wiederum die Umsetzung weiterer Reformen erschwert. Das lange Zeit drohende Gespenst einer Deflation ist dagegen endgültig vom Tisch. Steigende Rohölpreisenotierungen treiben die Inflationsraten in den USA in Richtung 3 %-Marke und auch in der Eurozone hat sich die Inflationsrate seit einiger Zeit oberhalb der 1 %-Schwelle festgesetzt und zeigt zunehmend steigende Tendenz.

Getragen von einer ohnehin stabilen konjunkturellen Entwicklung in den USA wird sich das Wirtschaftswachstum durch die geplanten Konjunkturprogrammen der neuen Regierung und möglicher Steuererleichterungen kurz- bis mittelfristig noch weiter verstärken. Analysten gehen derzeit von einer Wachstumsrate von 2,4 % für 2017 aus, nachdem diese in 2016 mit 1,6 % noch vergleichsweise mager ausgefallen war. Für 2018 dürfte die Wachstumsrate dann sogar bei knapp 3% liegen. Die anziehende Inflation begrenzt dabei allerdings den Zuwachs der real verfügbaren Einkommen und dürfte die Notenbank zu weiteren Zinsschritten veranlassen. In der Eurozone wird für die kommenden zwei Jahre ein insgesamt solides Wachstum in etwa auf der Höhe des langfristigen Trends von 1,5 % erwartet.

Die Anlagemöglichkeiten im Zinsbereich werden für renditeorientierte Investoren auch in 2017 voraussichtlich stark beschränkt bleiben. Ein deutlicher Zinsanstieg ist in der Eurozone mit Blick auf das andauernde Anleihenkaufprogramm der EZB bis auf weiteres nicht zu erwarten. Für die USA wird

zwar ein etwas optimistischeres Bild gemalt. Angesichts hoher Bewertungen und steigender Inflationsraten wird es zwischenzeitlich voraussichtlich zu erhöhter Unsicherheit an den Rentenmärkten kommen.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen sind die Aussichten für die Lebensversicherungswirtschaft und insbesondere die betriebliche Altersversorgung als weiterhin eher moderat einzuschätzen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit politische Absichtserklärungen zur Sicherung der Rentenniveaus und zur Abwendung drohender Altersarmut durch gesetzgeberische Maßnahmen wie das Betriebsrentenstärkungsgesetz der Branche zusätzliche Impulse verleihen können. Der Wille der Bevölkerung zur Sicherung der eigenen Versorgungsziele ist jedoch ein gewisser Garant dafür, dass die Sparquote zumindest stabil bleiben oder weiter leicht ansteigen sollte. Es ist festzuhalten, dass die immer geringer ausfallenden bzw. bereits wegfallenden Garantiekomponenten den Produkten der Altersvorsorge keinen nachhaltigen Schaden zufügen konnten und im Gegenzug das Neugeschäft mit garantierten Versprechen des Erreichens einer gewissen Zielrente noch beflügeln. In den Altbeständen fordert das anhaltende Niedrigzinsniveau die Branche immer stärker heraus, die abgegebenen Garantien und Versorgungszusagen mit höheren Risikoaufschlägen bei den Kapitalanlagen zu „erkaufen“, da die klassischen Kapitalanlagen zunehmend weniger Rendite „abwerfen“. Letztlich bleibt aber abzuwarten, ob die erzielbaren Renditen das erhöhte Risiko rechtfertigen. Der Aufbau der gesetzlich vorgeschriebenen Zinszusatzreserve wird in diesem Zusammenhang als immer bedrohlicher angesehen und verlangt nach politischen Lockerungen. Diese dürften allerdings frühestens von der nächsten Bundesregierung zu erwarten sein.

In der Zwischenzeit führt die anhaltende Niedrigzinsphase allerdings für die Lebensversicherungsunternehmen sowie Pensionskassen zu einer immer stärkeren finanziellen Belastung in ihren Altbeständen. Die Systematik der Zinszusatzreserve, die für die Versicherten eine zusätzliche Absicherung ihrer Alterseinkünfte bedeutet, führt dazu, dass jedes Jahr höhere Aufwendungen zu finanzieren sind. Branchenweit wird dieser Aufwand für 2017 auf über 20 Mrd. EUR geschätzt, wenn der Referenzzinssatz erwartungsgemäß weiter auf ca. 2,20 % absinkt.

Auch die VERKA PK ist von dieser negativen Entwicklung zunehmend betroffen und rechnet für das kommende Geschäftsjahr mit weiteren signifikanten Belastungen aus der Notwendigkeit der Bildung der Zinszusatzreserve.

Analog zur Branchenentwicklung sind die Gesellschaften des VERKA-Verbundes derzeit dabei, Produkte mit nur noch geringen oder gänzlich ohne Garantiekomponenten zu entwickeln und zu vermarkten. Im Rahmen der Überarbeitung ihrer gesamten Geschäftsstrategie plant die Gesellschaft zurzeit eine deutliche Forcierung ihrer Produkt-, Bestands- und Vertriebsaktivitäten noch im kommenden Geschäftsjahr. Aus dem angekündigten Betriebsrentenstärkungsgesetz, das noch in der laufenden Legislaturperiode vom Bundestag verabschiedet werden soll, lassen sich vielfältige Ansatzpunkte für die Gestaltung neuer Produkte mit Zielrenten und ohne Garantien ableiten. Die Gesellschaft sieht hier erhebliches Vertriebspotential sowohl im Bereich der Bestandskunden als auch darüber hinaus. Mit der bereits noch im kommenden Jahr geplanten Implementation eines Online-Portals sollen zudem die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern einen leichteren Zugang zur Gesellschaft zu ermöglichen und künftig elektronisch zu kommunizieren. Die VERKA PK rechnet im kommenden Geschäftsjahr mit leicht sinkenden laufenden Beitragseinnahmen und leicht sinkenden Rentenleistungen. In Anbetracht der ab 2018 greifenden Vertriebsaktivitäten rechnet die VERKA PK für die Zukunft mit steigenden Beitragseinnahmen.

In Anbetracht der erforderlichen Maßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung der Geschäftsstrategie und hierbei insbesondere der Vertriebsmaßnahmen geht die VERKA PK für das kommende Geschäftsjahr von leicht steigenden Verwaltungsaufwendungen aus.

Die Nettoverzinsung aus den Kapitalanlagen wird trotz sinkender Zinserträge in Folge des Wegfalls der Belastung aus dem abgegangenen Immobilienfonds sowie sukzessive weiter leicht zunehmender Erträge aus Beteiligungen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Aufgrund der bereits erwähnten weiteren finanziellen Belastungen aus der Bildung der Zinszusatzreserve rechnet die Gesellschaft erneut mit einem Fehlbetrag in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wird dieser aber erneut vollständig von der Muttergesellschaft, dem VERKA VK, übernommen.

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Bilanz zum 31. Dezember 2016

AKTIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Beteiligungen			14.820.237,08		11.559
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere, nicht festverzinsliche Wertpapiere		229.603.966,58			212.287
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		64.664.463,29			52.047
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	100.814.445,40				84.411
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	110.959.700,09				131.960
c) Übrige Ausleihungen	422.710,01				423
		212.196.855,50			216.794
4. Einlagen bei Kreditinstituten		23.409.935,07			33.411
			529.875.220,44		514.539
				544.695.457,52	526.098
B. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			184.449,83		179
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			50.643,15		63
III. Sonstige Forderungen					
davon:					
an verbundene Unternehmen: 18.069.779,62 EUR (Vj. 11.075.807,28 EUR)					
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 153.209,79 EUR (Vj. 130.181,11 EUR)			18.447.868,83		11.384
				18.682.961,81	11.626
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			2.067.731,09		942
II. Andere Vermögensgegenstände			1.162.374,76		1.293
				3.230.105,85	2.235
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			4.162.865,42		4.326
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			0,00		0
				4.162.865,42	4.326
Summe der Aktiva				570.771.390,60	544.285

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.
Frau Schmidt-Köhler und Herr Köhler stehen in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis zueinander.

Berlin, den 2. Mai 2017

Regina Schmidt-Köhler
Treuhänderin

PASSIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
A. Eigenkapital					
I. Eingefordertes Kapital					
Gezeichnetes Kapital		38.000.000,00			38.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		0,00			0
			38.000.000,00		38.000
II. Kapitalrücklage			73.334,60		73
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			0,00		0
				38.073.334,60	38.073
B. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Beitragsüberträge			627.882,92		633
II. Deckungsrückstellungen			524.435.179,97		497.467
III. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			798.560,36		899
IV. Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			781.333,20		781
				526.642.956,45	499.780
C. Andere Rückstellungen					
I. Sonstige Rückstellungen			134.025,00	134.025,00	145
D. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:					
1. Versicherungsnehmern		3.059.128,20			3.191
2. Versicherungsvermittlern		161.398,20			197
			3.220.526,40		3.388
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			101.627,81		115
III. Sonstige Verbindlichkeiten			2.598.920,34		2.784
davon:					
gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.463.401,83 EUR (Vj. 2.642.944,42 EUR)					
aus Steuern: 11.428,11 EUR (Vj. 11.163,45 EUR)					
				5.921.074,55	6.287
Summe der Passiva				570.771.390,60	544.285

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Absatz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 233 Absatz 3 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 1. Dezember 2016 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Berlin, den 2. Mai 2017

Arnd Köhler
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	EUR	EUR	EUR	TEUR
				Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	14.654.124,10			15.431
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	168.253,82			189
		14.485.870,28		15.242
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		5.253,51		3
			14.491.123,79	15.244
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			76.891,71	65
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		386.456,52		371
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		15.272.782,60		16.206
c) Erträge aus Zuschreibungen		0,00		38
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		279.361,48		2.549
			15.938.600,60	19.164
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			13.169,04	11
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	19.112.894,44			16.700
bb) Anteil der Rückversicherer	24.586,92			63
		19.088.307,52		16.637
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		-100.001,56		457
			18.988.305,96	17.094
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung			26.968.706,71	23.899
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			116.758,75	274
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	607.140,14			587
b) Verwaltungsaufwendungen	886.160,28			927
		1.493.300,42		1.514
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		35.162,09		-3
			1.458.138,33	1.517
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		301.387,16		303
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		61.077,78		1.981
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		211.966,23		0
			574.431,17	2.284
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			5.098,06	8
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-17.591.653,84	-10.591
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		116.280,36		112
2. Sonstige Aufwendungen		594.406,14		596
			-478.125,78	-484
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-18.069.779,62	-11.075
4. Erträge aus Verlustübernahme			18.069.779,62	11.075
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Anhang

Erläuterungen

Erläuterungen zur Bilanz

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige Angaben

Erläuterungen

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Gesellschaft VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG mit Sitz in Berlin ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg (Berlin) unter der Registernummer HRB 83907 registriert.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie nach den einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **Beteiligungen** werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Investmentanteilen wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 2.232 TEUR nicht vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 1.067 TEUR nicht vorgenommen.

Namenschuldverschreibungen werden grundsätzlich in Höhe ihres Nennwertes ausgewiesen und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Beim Kauf von Namensschuldverschreibungen anfallende Disagio- oder Agiobeträge werden entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die künftigen Jahre verteilt. Die Bewertung der Zero-Namenschuldverschreibungen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich der als realisiert geltenden Zinsen.

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Übrige Ausleihungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Bewertung von **Einlagen bei Kreditinstituten** erfolgt mit dem Nennwert.

Die **Forderungen an Versicherungsnehmer** sind mit ihrem Nennwert bilanziert.

Die **Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Sofern Abrechnungen noch nicht vorlagen, sind die Ansprüche geschätzt.

Die **sonstigen Forderungen** sind mit ihrem Nennwert bilanziert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand sowie **andere Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert bewertet. In den anderen Vermögensgegenständen sind ausschließlich vorgezahlte Rentenleistungen enthalten.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen noch nicht fälligen Zinsen werden zum Nominalwert bilanziert.

Das **Eigenkapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die Bilanzierung und Bewertung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte unter Beachtung der §§ 341e bis 341h HGB.

Die Beitragsüberträge werden für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung der jeweiligen **Beitragsfälligkeit** ermittelt.

Die **Deckungsrückstellung** wird gemäß §§ 341f Abs. 1, 252 Abs. 1 HGB einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter impliziter Berücksichtigung der Kosten ermittelt; sie umfasst auch die Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Versicherungszeiten. Die Verpflichtungen aus Versicherungsverhältnissen werden mit den Rechnungsrundlagen der Prämienkalkulation bewertet, sofern diese mit der Rententafel DAV 2004 R durchgeführt wurde. Anderenfalls wird die Bewertung auf der Basis der Rententafel DAV 2004 R-Bestand unter Berücksichtigung der Trendempfehlung der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. für das Jahr 2016 vorgenommen. Der Rechnungszins beträgt für den Altbestand einheitlich 3,50 %. In den Geschäftsplan wurden analog zur Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) Vorschriften zur Bildung einer Zinszusatzreserve aufgenommen. Der hier beschriebene Referenzzinssatz lag zum 31. Dezember 2016 mit 2,54 % unterhalb des verwendeten Rechnungszinses. Dementsprechend wurde zum 31. Dezember 2016 eine Zinszusatzreserve in Höhe von 33,5 Mio. EUR gestellt. Im Neubestand wird je Versicherungsverhältnis der Höchstzinssatz gemäß § 2 DeckRV in der jeweils zur Begründung gültigen Fassung verwendet. Der höchste im Neubestand verwendete Rechnungszinssatz beträgt 3,25 %, so dass hier zum 31. Dezember 2016 eine Zinszusatzreserve für die Teilbestände mit einem verwendeten Rechnungszins von 3,25% und 2,75% in Höhe von 10,0 Mio. EUR zu bilden war. Das Invaliditätsrisiko wird auf der Grundlage der Tafeln DAV 1997 I, TI, RI sowie DAV 1998 E, TE und RE bewertet. Die Deckungsrückstellung für seit dem 21. Dezember 2012 begründete Versicherungsverhältnisse wird genau wie die

Prämienkalkulation mit einem geschlechtsunabhängigen Ansatz bewertet. Die so ermittelte Deckungsrückstellung ist zum 31. Dezember 2016 nicht kleiner als eine geschlechtsspezifisch ermittelte. Die Verwaltungskosten werden grundsätzlich als Zuschlag der versicherten Renten angesetzt, wobei die in den Geschäftsunterlagen festgelegten rechnermäßigen Sätze berücksichtigt werden. Sowohl im Alt- als auch im Neubestand wurden bei der Ermittlung der Zinszusatzreserve gemäß § 5 Absatz 4 DeckRV, die für die nächsten bis zu fünfzehn Jahre gebildet wird, Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten zum vereinbarten Altersrentenbeginn berücksichtigt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird grundsätzlich einzelvertraglich für die am Bilanzstichtag bekannten, aber noch nicht abschließend regulierten Versicherungsfälle sowie pauschal für bis zum Abschlussstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle ermittelt und in Höhe des Risikokapitals zuzüglich der bereits fällig gewordenen, aber noch nicht ausgezahlten Leistungen bilanziert. Schadenregulierungsaufwendungen werden pauschal mit 2 % der Rückstellung angesetzt.

Die Höhe der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** ergibt sich aus dem Vorjahreswert abzüglich Entnahmen für Überschussbeteiligung und zuzüglich Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und gegenüber Versicherungsvermittlern** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft werden in Höhe des Erfüllungsbetrages ausgewiesen. Sofern Abrechnungen noch nicht vorlagen, sind die Verbindlichkeiten geschätzt.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Entwicklung der Aktivposten A.I. und A.II. im Geschäftsjahr 2016

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Zu- schreibungen	Ab- schreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Beteiligungen	11.559	3.535	274	0	0	14.820
A.II. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	212.287	23.489	6.111	0	61	229.604
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	52.047	13.113	496	0	0	64.664
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	84.411	16.403	0	0	0	100.814
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	131.960	0	21.000	0	0	110.960
c) Übrige Ausleihungen	423	0	0	0	0	423
4. Einlagen bei Kreditinstituten	33.411	0	10.001	0	0	23.410
5. Summe A.II.	514.539	53.005	37.608	0	61	529.875
Insgesamt	526.098	56.540	37.882	0	61	544.695

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV

Kapitalanlagenart	Zeitwerte 31.12.2016	Buchwerte 31.12.2016	Bewertungs- reserven
	TEUR	TEUR	TEUR
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Beteiligungen	16.320	14.820	1.500
A.II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	233.621	229.604	4.017
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	74.123	64.664	9.459
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	108.892	100.814	8.078
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	117.475	110.960	6.515
c) Übrige Ausleihungen	416	423	-7
4. Einlagen bei Kreditinstituten sowie andere Kapitalanlagen	23.410	23.410	0
5. Summe A.II.	557.937	529.875	28.062
Insgesamt	574.257	544.695	29.562

Die Ermittlung der Zeitwerte der Beteiligungen erfolgt mit ihrem Ertragswert. Die Wertminderungen der Beteiligungen am Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG, dem SUSI Energy Efficiency Fund (EUR) a compartment of Sustainable Funds (SCA) SICAV SIF sowie dem Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII in Höhe von insgesamt 0,1 Mio. EUR resultieren jeweils aus den vergleichsweise hohen Anlaufkosten der Investments im Verhältnis zu den noch nicht voll abgerufenen Beteiligungswerten, da die Fees bei derartigen Investments üblicherweise auch bereits während der Investitionsphase auf die vollen Zeichnungsbeträge berechnet werden, die jedoch erst in den kommenden Monaten und Jahren gänzlich abgerufen sein werden. Daher wird davon ausgegangen, dass die Wertminderungen nicht dauerhaft sind, so dass keine Abschreibungen vorgenommen wurden.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Börsenkursen bewertet. Diese Kapitalanlagen sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet, Abschreibungen auf die niedrigeren beizulegenden Zeitwerte wurden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 0,1 Mio. EUR vorgenommen. Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind in Höhe von insgesamt 2,2 Mio. EUR auf Investmentanteile mit einem Buchwert von insgesamt 43,2 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen weit überwiegend aus der Ausschüttung von ordentlichen Fondserträgen und in einem Fall aus temporären Wechselkurschwankungen und vergleichsweise hohen Anlaufkosten resultieren und voraussichtlich nicht von Dauer waren. Die negativen Bewertungsreserven wurden innerhalb des ersten Quartals 2017 teilweise bereits wieder aufgeholt.

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere erfolgt mit dem Renditekurs, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 64,7 Mio. EUR sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen auf den Zeitwert sind in Höhe von 1,1 Mio. EUR auf Anleihen mit einem Buchwert von 11,1 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsbedingte Einflüsse resultierten.

Sonstige Ausleihungen sind mit dem Renditekurs bewertet, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Abschreibungen auf den Renditekurs sind in Höhe von 3,1 Mio. EUR auf Sonstige Ausleihungen mit einem Buchwert von 46,4 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsbedingte Einflüsse resultierten.

In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV

Zur Ermittlung der verteilungsfähigen Bewertungsreserven sind sämtliche Kapitalanlagen zu berücksichtigen. Die Gegenüberstellung der Zeitwerte der Kapitalanlagen mit den fortgeführten Anschaffungskosten ergibt per 31. Dezember 2016 einen Saldo in Höhe von 29,6 Mio. EUR.

Anteile am verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil	Eigenkapital 2016	Jahresergebnis 2016
	%	TEUR	TEUR
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X, Findel-Golf, Luxemburg	0,84	241.208	4.002
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII, Findel-Golf, Luxemburg	0,76	394.800	-1.817
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII, Findel-Golf, Luxemburg	1,75	63.030	-2.292
DB Global Infrastructure Fund SICAV-FIS, Luxemburg	1,45	28.196	2.999
German Access Fund L.P. (GAF), London, Großbritannien	0,88	28.799*	-1.223*
Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1,50	24.182	1.940
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR), Munsbach, Luxemburg	1,25	99.205	1.601*
European Solar Power Fund Nr. 1 GmbH & Co. KG, Grünwald	0,87	200.627	11.172
European Sustainable Power Fund Nr. 2 GmbH & Co. KG, Grünwald	0,64	469.324	22.306

*Wert aus 2015

Anteile an Investmentvermögen

Anlageschwerpunkt	Aktien	Wandelanleihen/Renten gemischt	Staatsanleihen Europa	EUR-Unternehmensanleihen
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen
Buchwert 31.12.2016 TEUR	45.115	42.210	50.451	38.600
Marktwert 31.12.2016 TEUR	45.221	43.130	51.783	42.089
Bewertungsreserve 31.12.2016 TEUR	106	920	1.332	3.489
Abschreibung / Zuschreibung 2016 TEUR	0	0	0	0
Ertragsausschüttungen 2016 TEUR	216	661	1.271	747
Anlageziel und Anlagekonzept	Positive Aktienperformance (50 % MSCI Europe SRI, 50 % MSCI World SRI) bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Steuerung des Investitionsgrades in Abhängigkeit von der Volatilität mit langfristigem Optionssicherungskonzept, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermingeschäfte, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Positive Performance von mindestens 3,5 % p. a. aus einem gemischten Wertpapierportfolio (ca. 40 % in globalen Wandelanleihen einschließlich synthetischer Wandelanleihen bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Vorgabe einer Wertuntergrenze, jeweils ca. 30 % in globalen Unternehmensanleihen und Emerging-Markets-Unternehmensanleihen), Absicherung von Fremdwährungsrisiken, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Rendite von mindestens 4,0 % p. a. aus einem europäischen Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade-Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäfte, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Rendite von mindestens 4,0% p. a. aus einem europäischen Unternehmensanleihenportfolio mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade-Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäfte, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien
Anteiltrückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich

Anlageschwerpunkt	Staatsanleihen Emerging Markets	Timber-Immobilien / Beteiligungen global	Dach-Hedgefonds
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Luxemburgische SICAF- SIF (Aktiengesellschaft)	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen
Buchwert 31.12.2016 TEUR	28.057	4.269	2.183
Marktwert 31.12.2016 TEUR	26.197	4.032	2.183
Bewertungsreserve 31.12.2016 TEUR	-1.860	-237	0
Abschreibung / Zuschreibung 2016 TEUR	0	0	-61
Ertragsausschüttungen 2016 TEUR	1.163	22	0
Anlageziel und Anlagekonzept	Rendite von mindestens 5,0 % p. a. aus einem Emerging-Markets- Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade- Rating und Berücksichtigung von ESG-Ratings, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermin- geschäfte	Partizipation an der positiven Wertentwicklung von Immobilien aus dem Waldsektor in Australien, Finnland und Schottland sowie Generierung von Einnahmen aus der Vermietung bzw. Verpachtung der Immobilien; daneben wird die Teilhabe an den Ergebnissen von Bewirtschaftungs- gesellschaften aus dem Wald- und Forstsektor ermöglicht, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Investition in 15 Ziel- Hedgefonds unterschiedlicher Anbieter der Strategien "Equity long/short", "Equity market neutral", "Global Macro", "CTA", "Credit long/short" und "Event driven" mit Limitierung des Equity- Anteils auf 20 % und explizitem Ausschluss von FX-, Rohstoff- und Distressed-Strategien, Risiko-Ertragsprofil durch individuellen Einsatz der Strategien aktiv steuerbar, durch hohe Diversifikation innerhalb des Dachfonds wird eine deutlich geringere Ziel-Volatilität impliziert als bei klassischen Risikokapitalanlagen bei vergleichbarer Zielrendite von ca. 6 % p. a.
Anteilrückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Bei hinreichender Liquidität kurzfristig möglich, ansonsten vertraglich nach spätestens zwei Jahren	Bei hinreichender Liquidität kurzfristig möglich, ansonsten vertraglich nach spätestens zwei Jahren

Latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen der Investmentvermögen. Passive latente Steuern ergeben sich nur in geringem Umfang. Der zur Berechnung der latenten Steuern ermittelte Steuersatz beträgt 30 %. Der sich hieraus errechnete aktive Überhang an aktiven latenten Steuern wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB nicht aktiviert.

Gezeichnetes Kapital

Das Eigenkapital in Höhe von 38 Mio. EUR verteilt sich auf 38.000.000 Stück nennwertlose Namensaktien.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert analog dem Vorjahr 73 TEUR, es wurden während des Geschäftsjahres keine Beträge entnommen bzw. eingestellt.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Stand 31.12.2015	497.466
Zuführung	26.969
Stand 31.12.2016	524.435

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Stand 31.12.2015	781
Entnahme	117
Zuführung	117
Stand 31.12.2016	781

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung gliedert sich wie folgt:

	TEUR
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	590
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	0
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven	0
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Beteiligung an den Bewertungsreserven (ohne c))	191
e) Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird (ohne a))	0
f) Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird (ohne b) und e))	0
g) Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven zurückgestellt wird (ohne c))	0
h) ungebundener Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (ohne a) bis g))	0
Stand 31.12.2016	781

Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen sind überwiegend Beträge für Jahresabschlussarbeiten enthalten.

Andere Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten haben analog dem Vorjahr eine Restlaufzeit von weniger als 5 Jahren.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Gebuchte Beiträge für eigene Rechnung

	TEUR
Laufende Beiträge	8.738
Einmalbeiträge	5.916
	14.654

Die Beiträge entfallen fast ausschließlich auf Pensionsversicherungen im Kollektivgeschäft; der Anteil der Einzelversicherungen ist von untergeordneter Bedeutung. Die Beiträge betreffen ausschließlich Verträge mit Gewinnbeteiligung und werden ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	61
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	0
	61

Provisionen und Personalaufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen	Vorjahr	Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	241	236
2. Löhne und Gehälter	0	0
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
4. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
5. Aufwendungen insgesamt	241	236

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo in 2016 beträgt 108 TEUR.

	Geschäftsjahr	
		TEUR
Verdiente Beiträge des Rückversicherers		168
Anteile des Rückversicherers an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	./.	25
Anteile des Rückversicherers an den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	./.	35
		108

Ertrag aus Verlustübernahme

Im Geschäftsjahr ist gemäß Beherrschung- und Ergebnisabführungsvertrag ein Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 18.070 TEUR entstanden, darin enthalten ist eine Steuerumlage in Höhe von 1.024 TEUR.

Sonstige Angaben

Funktionsausgliederungsverträge

Die Verwaltung der VERKA PK erfolgt durch den VERKA VK. Die Abrechnung erfolgt gemäß dem Funktionsausgliederungsvertrag in Höhe von 2.463 TEUR.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Folgende Tabelle stellt die zum Bilanzstichtag noch offenen Kapital- bzw. Zeichnungszusagen der VERKA PK dar:

	Zeichnungs- volumen	Bis 31.12.2016 erfolgte Kapitalabrufe kumuliert	Investitionsstand per 31.12.2016	Offene Kapitalzusage
	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X	2,2	2,0	90	0,2
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII	5,0	3,0	60	2,0
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII	5,0	1,1	22	3,9
Aquila Sachwert-Basisfonds I (Wald) S.A., SICAV-SIF	4,5	4,3	95	0,2
DB Global Infrastructure Fund SICAV-FIS	2,2	1,4	63	0,8
UII-Fonds Hotel Nr. 1	5,7	2,8	49	2,9
RREEF Global Real Estate Fund	5,6	2,8	50	2,8
Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG	1,1	0,4	32	0,7
EB - Renewable Energy Fund Emerging Markets	1,0	0,3	25	0,7
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR)	2,5	1,2	48	1,3
German Access Fund L.P.	2,0	0,7	37	1,3

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse sowie Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Garantieverträgen und Wechseln bestehen nicht.

Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr keine Arbeitnehmer.

Angaben zum Aufsichtsrat

Dr. Rolf Krämer, Hemmingen
Vorsitzender

Juristischer Vizepräsident,
Landeskirchenamt der
Evangelisch-
lutherischen Landeskirche
Hannovers, Hannover

Dr. Volker Knöppel, Naumburg
stellv. Vorsitzender

Vizepräsident,
Evangelische Kirche von
Kurahessen-Waldeck, Kassel

Birgit Adamek, Berlin

Juristin,
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V., Berlin

Karin Kessel, Speyer

Oberkirchenrätin,
Evangelische Kirche der Pfalz,
Speyer

Olaf Johannes Mirgeler,
Schwerin

Oberkirchenrat,
Evangelisch-Lutherische Kirche in
Norddeutschland, Schwerin

Anke Poersch, Berlin

Oberkonsistorialrätin,
Evangelische Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische
Oberlausitz, Berlin

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 3 TEUR (Vj. 3 TEUR).

Angaben zum Vorstand

Dem Vorstand gehörten im Berichtsjahr folgende Personen an:

Dipl.-Math. Ulrich Remmert, Vorstand Versicherungstechnik, Berlin

Dipl.-Kfm. Ewald Stephan, Vorstand Kapitalanlagen, Berlin

Konzernangaben

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen des VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG mit Sitz in Berlin und wird in dessen Konzernabschluss einbezogen. Der Konzernabschluss des VERKA VK wird gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und dort bekannt gemacht.

Der VERKA VK stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr sind für Abschlussprüfungsleistungen 56 TEUR als Aufwendungen erfasst. Des Weiteren fielen andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 2 TEUR an.

Jahresergebnis

Auf Grund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages mit dem VERKA VK entstand durch den Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 18,1 Mio. EUR (Vj. 11,1 Mio. EUR) ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Eine Entscheidung des Vorstandes über die Verwendung des Jahresüberschusses war nicht notwendig.

Berlin, den 2. Mai 2017

Der Vorstand

Ulrich Remmert

Ewald Stephan

Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 2. Mai 2017 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, den 2. Mai 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die laufende Geschäftsführung des Vorstandes intensiv überwacht und sich in vier Sitzungen mit dem Vorstand beraten. Zwischen den Sitzungen ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand durch schriftliche Berichte über Lage und aktuelle Entwicklungen der Gesellschaft informieren. Er hat den Vorstand regelmäßig überwacht, beraten und sich in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen angemessen einbinden lassen.

Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat eingehend mit der strategischen und operativen Unternehmensplanung sowie der mittelfristigen Unternehmensentwicklung befasst. Die aktuellen und anstehenden wesentlichen Projekte und Vorhaben sowie die Überlegungen zur zukünftigen Geschäftsstrategie hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand berichten lassen und umfassend behandelt. Geschäfte, die auf Grund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Vorschriften der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten. Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich hinterfragt, im Plenum diskutiert und beurteilt. Dies schloss die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement ein. Im Mittelpunkt der Beratungen des Plenums des Aufsichtsrates standen Fragen des Wettbewerbs, der Produktgestaltung, des Vertriebs sowie der Umsatz-, Kosten- und Ertragsentwicklung.

In der Bilanzsitzung am 15. Mai 2017 hat der Verantwortliche Aktuar über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse hat der Verantwortliche Aktuar eine uneingeschränkte versicherungsmathematische Bestätigung gemäß § 234 Absatz 3 Nr. 5 i. V. m. § 141 Absatz 5 Nr. 2 VAG abgegeben. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht 2016 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kapelle-Ufer 4, 10117 Berlin geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Abschlussunterlagen und der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. In der Bilanzsitzung am 15. Mai 2017 hat der Abschlussprüfer dem Aufsichtsrat ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtet. Von den Prüfungsergebnissen hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Die Erläuterungen des Vorstandes ergaben keine Einwendungen. Mit den Ausführungen des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016 und dem vorgelegten Jahresabschluss erklärte sich der Aufsichtsrat einverstanden. Durch den bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag ist das Jahresergebnis ausgeglichen. Eine Entscheidung des Vorstandes über die Verwendung des Jahresüberschusses war nicht notwendig.

Der Aufsichtsrat hat sich mit dem vom Vorstand erstatteten Lagebericht und dem Jahresabschluss 2016 intensiv befasst, die Unterlagen eingehend studiert, geprüft und gebilligt. Er hat nach Maßgabe des § 172 Aktiengesetzes den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 festgestellt.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Hauptversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Die Aufsichtsratsmitglieder danken dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre stets hervorragend geleistete und engagierte Arbeit. Wir danken des Weiteren allen Kunden für ihr Vertrauen.

Berlin, den 15. Mai 2017

Der Aufsichtsrat

Dr. Rolf Krämer
Vorsitzender

VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG

Schellendorffstraße 17/19
14199 Berlin

Tel: +49 30 897907-0 | Fax: +49 30 8247213
Mail: info@verka.de | Internet: www.verka-pk.de